

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2014

Einzelplan 11
Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Vorwort zum Einzelplan 11

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Die Gewaltenteilung gehört zu den wesentlichen Fundamenten des demokratischen Verfassungsstaats. Zentrale Aufgabe des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung ist die Unterstützung der dritten Gewalt, d. h. der unabhängigen Judikative, um mit einer leistungsstarken Justiz in Sachsen-Anhalt für eine bürgernahe und effektive Rechtsprechung zu sorgen. Daneben ist das Ministerium für den Strafvollzug und seit dem Beginn der sechsten Legislaturperiode auch für die Gleichstellungspolitik der Landesregierung zuständig.

Nach dem Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 3. Mai 2011 (MBI. LSA 2011, S. 217), zuletzt geändert durch Beschluss der Landesregierung vom 18. September 2012 (MBI. LSA 2012, S. 535), ist das Ministerium für Justiz und Gleichstellung im Einzelnen zuständig für:

- Angelegenheiten der Rechtsetzung (Rechtsetzung – einschließlich Verfassungsmäßigkeit, Notwendigkeit, Vollzugseignung und Rechtsfolgenabschätzung –, Rechtsvereinfachung, Rechtsbereinigung, Rechtsförmlichkeit) und Verkündungswesen samt Amtsblattstelle (GVBl. LSA, MBI. LSA, SVBl. LSA, JMBI. LSA), Vorschrifteninformationssystem sowie die Rechtsförmlichkeit bundesrechtlicher Vorhaben,
- Europarecht,
- Frauen- und Gleichstellungspolitik, Koordination innerhalb der Landesregierung,
- Frauenförderung, Frauenförderungsgesetz,
- Freiwillige Gerichtsbarkeit,
- „Gender-Mainstreaming“,
- Gleichstellung/Gleichstellungsbeauftragte,
- Gerichtsorganisation und Gerichtsverfassung,
- Gerichtsverfahrensrecht und -kostenrecht,
- Gnadenwesen,
- Juristen- und Justizaus- und -fortbildung,
- Justizverwaltungsangelegenheiten,
- Justizvollzug, Kommunale Schiedsstellen,
- Landesjustizprüfungsamt,
- Mitgliedschaft in den Richterwahlausschüssen nach Artikel 95 Abs. 2 GG und § 1 Abs. 3 RiWG,
- Notariats- und Anwaltswesen,
- Ordnungswidrigkeitenrecht,
- Rechtshilfe,
- Soziale Dienste der Justiz,
- Stasi-Unterlagen-Gesetz sowie Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (LStU),
- Strafrecht, Verfassungsrecht des Bundes und des Landes, soweit Rechtsetzung und Landesverfassungsgericht,
- Völkerrecht,
- Zivilrecht.

Im Einzelplan 11 sind folgende Gerichte und Landesbehörden etatisiert:

- 1 Landesverfassungsgericht
- 1 Oberlandesgericht
- 4 Landgerichte
- 25 Amtsgerichte
- 1 Generalstaatsanwaltschaft
- 4 Staatsanwaltschaften
- 6 Dienststellen des Sozialen Dienstes der Justiz
- 4 Justizvollzugsanstalten
- 1 Jugendanstalt
- 1 Jugendarrestanstalt
- 1 Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen i. S. d. § 26 LHO
- 1 Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt
- 4 Arbeitsgerichte
- 1 Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt
- 2 Verwaltungsgerichte
- 1 Landessozialgericht Sachsen-Anhalt
- 3 Sozialgerichte
- 1 Finanzgericht des Landes Sachsen-Anhalt
- 1 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Ausgaben im Justizhaushalt beruhen hauptsächlich auf Rechtsverpflichtungen.

Die Personalausgaben (HGr. 4, 6 und 9) stellen die größte Ausgabenposition dar. Der Gesamtansatz beträgt 2014 rd. 255 Mio. EUR, also rd. 59 % der Gesamtausgaben.

Der zweite wesentliche Ausgabenblock des Justizhaushaltes sind die Auslagen in Rechtssachen (Gr. 536 und Kapitel 11 20 Titel 685 05) mit einem Anteil von rd. 26 % an den Gesamtausgaben. Der Gesamtansatz hierfür beträgt rd. 114,1 Mio. EUR. Die Höhe der Verfahrensauslagen hängt insbesondere von der Anzahl und Art der Verfahrenseingänge ab, aber auch davon, in welchem Umfang Prozesskostenhilfe zu bewilligen ist oder Sachverständigengutachten einzuholen sind. Einer strategischen Steuerung der Auslagen in Rechtssachen sind aufgrund der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen (Justizgewährungsanspruch gemäß Artikel 19 Abs. 4, Artikel 20 Abs. 3 GG, richterliche

Unabhängigkeit gemäß Artikel 97 GG, sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger gemäß § 9 RPflG und Legalitätsprinzip gemäß § 152 Abs. 2 StPO) enge Grenzen gesetzt.

B. 1. Zentrale Zielsetzung in den Politischen Handlungsbereichen und Aufgabenbereichen

Zu den wesentlichen Einzelmaßnahmen für den Bereich der Justiz zählen die Binnenmodernisierung der Justiz, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards und der weitere Roll-Out der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Fortentwicklung des Personalbedarfsberechnungssystems. Ebenso zählen dazu die Einrichtung eines zentralen Schuldnerregisters, die Fortentwicklung des Ehrenamtes sowie die Fortsetzung des Projektes der „verständlichen Rechtssprache“.

Einen Hauptschwerpunkt der Tätigkeit des Justizressorts wird sowohl im Haushaltsjahr 2014 als auch in den nachfolgenden Haushalten die Weiterentwicklung des Justizvollzugs in Sachsen-Anhalt bilden. Neben den rechtlichen Grundlagen mit einem Landesstrafvollzugsgesetz sind die Justizvollzugsstrukturen weiter zu optimieren. Maßnahmen der freien Straffälligenhilfe, das Übergangsmanagement für jugendliche Straftäter, Haftvermeidung und offener Vollzug werden als wichtige Elemente einer erfolgreichen Integration von Straffälligen in das gesellschaftliche Leben fortentwickelt.

Neben der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaften des Landes verdienen insbesondere die Opfer von Straftaten die Aufmerksamkeit der Landesverwaltung. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung wird deshalb den Opferschutzbericht der Justiz als interministeriellen Bericht fortschreiben und weiterhin Projekte fördern, die sich dem Opferschutz widmen.

Neben dem Bereich der Justiz ist das Ministerium für Justiz und Gleichstellung seit dem Beginn der sechsten Legislaturperiode auch für die Fragen der Gleichstellung innerhalb der Landesregierung zuständig. Das Ministerium wird konkrete Schritte für die Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern gehen. Alle Verfahren im Verwaltungshandeln sind auf Geschlechtergerechtigkeit hin auszurichten. Zudem werden Strategien entwickelt, um den Anteil von Frauen in Führungsfunktionen im öffentlichen Dienst sowie an den Universitäten und Hochschulen deutlich zu steigern. Die Erhöhung des Frauenanteils auf 40 % in gehobenen Funktionen der Landesverwaltung wird angestrebt.

Überblickstabelle Politische Handlungsbereiche und Budgets

Politischer Handlungsbereich	Aufgabenbereich (Politikfeld)	Zielfelder/ Strategische Ziele	Budget 2014 (Ausgaben in EUR)
Rechtswesen und Verfassung	Verfassungsgericht	Landesverfassungsgericht (FKZ 051, 058) Sicherung der hohen Qualität der Arbeit des LVerfG	349.500
	Gerichte und Staatsanwaltschaften	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften (FKZ 051, 058) Verwaltungsgerichte (FKZ 051, 058, 851) Arbeitsgerichte (FKZ 051, 058, 851) Sozialgerichte (FKZ 051, 058, 851) Finanzgericht (FKZ 051, 058, 851) - Modernisierung der Justiz und ihrer Binnenstrukturen - Outputorientierte Budgetierung auf Basis eines modernen Finanzcontrollings bei den Ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften - Bürgerfreundliche Justiz (Fortentwicklung Mediation, verständliche Rechts- und Verwaltungssprache, kürzere Verfahrensdauer) - Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs - Personalentwicklung, insbesondere Förderung der Gleichstellung in der Justiz - Stärkung des Ehrenamtes in der und für die Justiz (u. a. durch ehrenamtl. Richter/Schöffen, ehrenamtl. Betreuer) - Weiterer Abbau von Altverfahren in der Sozialgerichtsbarkeit	279.978.900 7.021.000 8.470.300 18.480.400 2.094.800
Innere Sicherheit	Justizvollzugsanstalten und Sozialer Dienst der Justiz	Justizvollzugsanstalten (FKZ 056, 058, 851) - Einrichtung einer jugendsozialtherapeutischen Abteilung - Erarbeitung eines Landesstrafvollzugsgesetzes LSA - Optimierung und Konzentration von Justizvollzugsstrukturen - Optimierung des Übergangsmanagements im Strafvollzug Sozialer Dienst der Justiz (FKZ 056, 059, 851) - Ausbau der Straffälligen- und Bewährungshilfe - Bekämpfung der Jugendkriminalität (Fortführung Projekt Schülergremien)	89.327.900 8.110.500

Staatsleitung und demokratische Prozesse	Ministerium für Justiz und Gleichstellung und übrige Verwaltungsbereiche	Politische Führung (FKZ 011, 018, 851) - Bekämpfung der Jugendkriminalität (Begleitung Novellierung JGG) - Ausweitung und Entwicklung ehrenamtlichen Engagements in der Justiz - Prüfauftrag Abschaffung des Dualismus der Richterververtretung - Erstellung eines interministeriellen Opferschutzberichtes	20.690.500
		Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (FKZ 059, 851) - Sicherung der Kontinuität der Arbeit der(s) LStU	456.200
Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (Themen i. Z. m. Gleichstellungspolitik, Frauenförderung)	Gleichstellungspolitik, Frauenförderung	Frauenförderung, Gender Mainstreaming (FKZ 011, 253, 291) - Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch EU-Förderung - Chancengleichheit durch Gender Mainstreaming in Verwaltung und Politik	2.347.800

2. Genderziel

Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, den Frauenanteil in gehobenen Führungspositionen im öffentlichen Dienst auf 40 % zu erhöhen. Die Verantwortung für dieses Vorhaben liegt bei den Führungskräften in der Landesverwaltung. Da Gender Mainstreaming darauf abzielt, bei allen fachlichen und politischen Vorhaben die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern zu reflektieren und Benachteiligungen auszugleichen, ist die Gender Mainstreaming-Kompetenz der Führungskräfte entscheidend für gleichstellungspolitische Veränderungen. Es ist daher erforderlich, die Gender-Kompetenz der Führungskräfte zu erhöhen. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung bietet für Führungskräfte in der Landesverwaltung Gender-Coaching an, das vom Gender Institut Sachsen-Anhalt durchgeführt wird. Außerdem haben die Führungs- und Nachwuchsführungskräfte der Justiz die Möglichkeit, im Fortbildungsreferat Coaching-Maßnahmen zu beantragen, um ihr Potenzial besser entfalten zu können und dadurch ihre Karrierechancen zu verbessern.

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

a) Mit Wirkung zum 01. August 2013 ist das Zweite Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG) vom 23. Juli 2013 in Kraft getreten (BGBl. I 2013, S. 2586). Damit findet die Modernisierung des gesamten Justizkostenrechts ihren Abschluss. Kernpunkt ist u. a. die Aufhebung der Kostenordnung mit den Kostenregelungen für die Freiwillige Gerichtsbarkeit und die Notare. An deren Stelle tritt das neu strukturierte Gerichts- und Notarkostengesetz. Die Justizverwaltungskostenordnung ist durch das Justizverwaltungskostengesetz ersetzt worden. Daneben wurden die Gerichtsgebühren, die Vergütung für Rechtsanwälte, die Honorare für Sachverständige und Dolmetscher sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richtern, Zeugen und Dritten ganz oder teilweise an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung angepasst.

Die im Gesetz normierten Regelungen führen zu erheblichen Mehrausgaben im Bereich der Verfahrensauslagen (Gr. 536 und Kapitel 11 20 Titel 685 05).

Mit den normierten Gebührenerhöhungen (Gr. 112), für die seit dem 1. Juli 1994 kein Inflationsausgleich mehr vorgenommen worden ist, können die Mehrausgaben nicht vollständig kompensiert werden. Im Ergebnis wird trägt das Gesetz damit nicht zu einer Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Justiz bei.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2014 wird das von den Ländern zur Eindämmung des Ausgabenanstiegs im Bereich der Prozesskosten- und Beratungshilfe seit mehreren Jahren geforderte Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts (PKH/BerHRÄndG) vom 31. August 2013 in Kraft treten (BGBl. I 2013, S. 3533). Mit den vom Bundestag beschlossenen Neuregelungen werden die Prozesskostenhilfe und die Beratungshilfe behutsam und sozialverträglich fortentwickelt. Im Ergebnis können sich finanziell ungleich starke Parteien weiter auf Augenhöhe vor Gericht begegnen.

b) Auf der Grundlage des Beschlusses der Landesregierung vom 28. August 2012 wird die mit der Gründung des BLSA eingeleitete Optimierung der Liegenschafts- und Bauverwaltung mit dem Ziel der vollständigen Umsetzung des Mieter-Vermietermodells weiterentwickelt. Ab dem Haushaltsjahr 2014 werden für die von der Justiz genutzten Liegenschaften des Landes (derzeit ohne Justizvollzug) „marktübliche Mieten“ in dem von BLSA mitgeteilten Umfang (Mehrkosten in Höhe von 2.616.851 EUR) veranschlagt.

D. Geplante Hochbaumaßnahmen

Die Mittel für die Bauunterhaltung sowie für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung im Einzelplan 20, Kapitel 20 03, Titelgruppe 61 und für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie PPP-Projekte im Einzelplan 20, Kapitel 20 03, Titelgruppe 62 mit veranschlagt.

E. EU-Strukturfondsförderung

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2007 – 2013 im Bereich des Einzelplanes 11
im Haushaltsjahr 2014 geplanten Maßnahmen

Kap.	Tit.	Aktion	Maßnahme	EU-Mittel	Nationale Kofinanzierungsmittel				HH-Stelle	
					Land		Bund	Kommune	Kap.	Tit.
					Landes- HH	IB / IBG				
ESF IV										
Schwerpunkt 2: Verbesserung des Humankapitals										
13 08	685 64	22.04.2	Unterstützung wissenschaftlicher Karrieren von Frauen	42.500	14.150				11 15	685 98
13 09	685 64	52.04.2		42.500	14.150				11 15	685 98
13 08	685 64	22.12.2	Berufsorientierung in zukunftssträchtigen Berufen	107.500	35.800				11 15	685 98
13 08	683 64	22.24.1	Chancengleichheit/Förderung von Frauen in Beruf und Bildung - Gender Mainstreaming	239.600	79.850				11 15	683 98
13 09	683 64	52.24.1		102.700	34.250				11 15	683 98
13 08	685 64	22.25.2	Chancengleichheit/Förderung von Frauen in Beruf und Bildung – Aufstiegschancen für Frauen	52.500	17.500				11 15	683 98
			Summe Schwerpunkt 2	587.300	195.700					
Schwerpunkt 3: Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie soziale Eingliederung von benachteiligten Personen										
13 08	684 64	23.01.0	Zuwendungen zu Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleiches und der Straffälligenentschuldung	187.500						
13 09	684 64	53.01.0		45.000						
13 08	683 64	23.05.0	Qualifizierung, Information und Beratung von Strafgefangenen	338.000						
13 09	683 64	53.05.0		473.900						
13 08	684 64	23.06.0	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	145.500						
13 09	684 64	53.06.0		40.700						
13 08	684 64	23.07.0	Sonstige Beihilfen und Unterstützungen	74.600						
13 09	684 64	53.07.0		14.300						
			Summe Schwerpunkt 3	1.319.500						

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2014 – 2020 im Bereich des Einzelplanes 11
im Haushaltsjahr 2014 geplanten Maßnahmen

Kap.	Tit.	TZ	Handlungsfeld	EU-Mittel	Nationale Kofinanzierungsmittel				HH-Stelle	
					Land		Bund	Kommune	Kap.	Tit.
					Landes- HH	IB / IBG				
ESF										
Thematisches Ziel (TZ) 8: Förderung von Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte										
13 17	683 64	8b	Erhöhung der Eingliederungschancen von Alleinerziehenden	0	0	0	0	0	11 02	683 93
13 17	683 64 685 64	8d	Unterstützung und Förderung von Frauen in MINT-Berufen; hier: 1. Sensibilisierung und Förderung von Frauen für Unternehmensgründungen 2. Unterstützung von Karrieren von Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen	0	0	0	0	0	11 02	683 93 685 93

			3. Förderung der Berufsorientierung insbesondere für Schülerinnen ab der 11. Klasse und junge Frauen mit Hochschulzugangsberechtigung							
13 17	683 64	8d	AGG - Unterstützungsangebote und -maßnahmen	0	0	0	0	0	11 02	683 93
13 17	683 64	8d	Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter - Gender Mainstreaming	0	0	0	0	0	11 02	683 93
			Summe Thematisches Ziel 8	0	0	0	0	0		
ESF										
Thematisches Ziel (TZ) 9: Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut										
13 17	683 64	9a	Reintegration/Wiedereingliederung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten; hier: Maßnahmen der berufsspezifischen Aus- und Weiterbildung im Strafvollzug	0	0	0	0	0	11 02	683 93
13 17	684 64	9a	Reintegration/Wiedereingliederung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten; hier: 1. Täter-Opfer-Ausgleich für Erwachsene 2. Gefangenen- und Entlassenenfürsorge 3. Sonstige Beihilfen und Unterstützungen	0	0	0	0	0	11 02	684 93
			Summe Thematisches Ziel 9	0	0	0	0	0		

F. Ausgaben im Projekt „Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt“

Die Darstellung erfolgt aufgrund des Beschlusses des Unterausschusses Rechnungsprüfung des Landtags vom 4. Dezember 2008.

Kostenposition	Plan 2012 in EUR	Ist 2012 in EUR	Plan 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR
Erwerb von Software-Lizenzen	16.100	2.856	26.800	0
Wartungs- und Pflegeverträge	48.650	45.910	55.000	69.614
Aus- und Fortbildung (ohne Reisekosten)	24.500	4.501	26.500	5.000
Integrationsleistungen	12.000	31.940	12.000	12.000
Summe:	101.250	85.207	120.300	86.614
nachrichtlich:				
Zahl der KLR-Dienststellen	35	35	38	48
Zahl der eingesetzten Mitarbeiter	81	76	87	102
Summe der Arbeitskraftanteile	26,20	10,70	27,70	17,20
Summe Personalausgaben:	993.180	413.335	1.046.043	639.674

Die Entwicklung sowohl der sächlichen Ausgaben als auch der Personalausgaben steht im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Strukturen und der geänderten Planung des Ausbaus der Kosten- und Leistungsrechnung. Die nachrichtlich ausgewiesenen Arbeitskraftanteile sind überwiegend auf die erforderliche parallele Datenerfassung in HAMISSA und SAP zurückzuführen. Zusätzliche Stellen wurden nicht geschaffen. Es ist davon auszugehen, dass die für die outputorientierte Budgetierung / KLR ausgewiesenen Personalausgaben nach Abschluss des Parallelbetriebs (kammeraler Haushalt / Produkthaushalt) entfallen. Zudem verringern die mit der KLR standardisiert verfügbaren Berichtsstrukturen den für eine effiziente Behördensteuerung erforderlichen Aufwand der Informationsgewinnung.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
11 01	Ministerium für Justiz und Gleichstellung		34.300	2.720.300		2.754.600	18.735.400
11 02	Allgemeine Bewilligungen		20.000	0		20.000	13.247.100
11 03	Sozialer Dienst der Justiz		15.000	0		15.000	6.701.200
11 05	Justizvollzugsanstalten		2.276.400	0		2.276.400	45.679.100
11 06	Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte		886.600	0		886.600	6.343.700
11 08	Finanzgericht		450.800	0		450.800	1.985.400
11 10	Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte		1.688.400	0		1.688.400	6.761.000
11 11	Landesverfassungsgericht		0	0		0	303.600
11 12	Landessozialgericht / Sozialgerichte		1.796.000	0		1.796.000	12.368.400
11 14	Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR		0	0		0	306.200
11 15	Frauenförderung / Gender Mainstreaming		0			0	
11 20	Budgetierte Einrichtungen		100.890.400			100.890.400	0
	Summe 2014		108.057.900	2.720.300		110.778.200	112.431.100
	Summe 2013		91.440.700	2.740.800	0	94.181.500	104.843.100
	2014 mehr(+) / weniger(-)		+16.617.200	-20.500	0	+16.596.700	+7.588.000

und Verpflichtungsermächtigungen 2014

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.524.300	0		0	164.700	20.424.400	-17.669.800	0	11 01
1.593.000	475.100			146.500	15.461.700	-15.441.700	4.572.500	11 02
745.300	889.500		0	117.200	8.453.200	-8.438.200	0	11 03
28.642.100	13.623.000		1.543.200	711.900	90.199.300	-87.922.900	0	11 05
2.241.900	1.400			8.300	8.595.300	-7.708.700	0	11 06
41.100	0			22.600	2.049.100	-1.598.300	0	11 08
397.700	0		29.000	32.600	7.220.300	-5.531.900	0	11 10
53.900	0			0	357.500	-357.500	0	11 11
5.715.100	0		0	733.100	18.816.600	-17.020.600	0	11 12
66.100	64.500			66.600	503.400	-503.400	0	11 14
0	2.424.800		0		2.424.800	-2.424.800	0	11 15
	271.409.700		325.800		271.735.500	-170.845.100	4.828.100	11 20
41.020.500	288.888.000		1.898.000	2.003.500	446.241.100	-335.462.900	9.400.600	
39.967.900	264.319.600		1.828.200	2.043.000	413.001.800	-318.820.300	6.487.600	
+1.052.600	+24.568.400		+69.800	-39.500	+33.239.300	-16.642.600	+2.913.000	

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	0 0	0
111 45	011	Prüfungsgebühren	7.000 5.700	7.000
Erläuterungen:				
Gebühren für die Abnahme von Notenverbesserungsprüfungen in der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung gemäß Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Juristen (§§ 27, 52 JAPrVO).				
119 31	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	10.000 17.588	18.000
Erläuterungen:				
Abführungen der Druckerei für die Herausgabe der Amtsblätter für das Land Sachsen-Anhalt.				
119 51	011	Vermischte Einnahmen	500 467	500
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	8.800 9.474	8.800
Erläuterungen:				
			2013 EUR	2014 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen		0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume			
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen			
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften			
5.	Sonstige Mieten und Pachten		8.800	8.800
Summe			8.800	8.800

Einnahmen aus der Vermietung von Parkflächen.

132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	2.720.300 2.591.206	2.720.300
Erläuterungen:				
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.				

Titelgruppe(n)

61	Tagung Europäischer Präsidenten von Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwälten im Rahmen des Projektes "Verbesserung der Zusammenarbeit in Strafsachen"			
272 61	011	Sonstige Zuschüsse von der EU	0 0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 01 Titel 547 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0
-------------------------------------	----------	----------

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

421 01 011 Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister **132.100** **144.300**
145.372 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	127.805	139.608
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.295	4.692
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0
4.	Sonderzuwendung	0	0
Summe		132.100	144.300

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter **4.428.100** **5.720.700**
5.480.793 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	4.428.100	5.720.700
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Zulagen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		4.428.100	5.720.700

422 05 011 Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte **0** **100.300**
0 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	0	100.300
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		0	100.300

424 01 011 Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Sachsen-Anhalt" (aus der Besoldungsanpassung) **682.200** **720.100**
690.735 0

Erläuterungen:

Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Versorgungsrücklage des Landes Sachsen-Anhalt sind die sich aus der Verminderung der Besoldungs- bzw. Versorgungsanpassung ergebenden Beträge an das Sondervermögen abzuführen.

428 01 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **2.415.500** **2.394.500**
2.209.801 0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 428 01

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.415.500	2.394.500
2.		Aufwandsentschädigungen		
3.		Sonstige Leistungen		
		Summe	2.415.500	2.394.500
431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	180.200	188.800
			188.721	0
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.638.600	1.929.300
			1.899.779	0
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	31.200	31.700
			31.680	0
432 03	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0	0
			0	0
434 01	011	Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Sachsen-Anhalt" (aus der Versorgungsanpassung)	168.000	276.500
			276.459	0
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Versorgungsrücklage des Landes Sachsen-Anhalt sind die sich aus der Verminderung der Besoldungs- bzw. Versorgungsanpassung ergebenden Beträge an das Sondervermögen abzuführen.		
441 02	011	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	5.580.000	6.384.600
			6.384.568	0
		Erläuterungen:		
		Zur Bewilligung von Beihilfen an Landesbedienstete gelten die Beihilfenvorschriften.		
		Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.		
441 03	011	Beihilfen an Angestellte	0	0
			0	0
441 04	011	Beihilfen an Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0
			0	0
441 05	011	Beihilfen auf Grund der Beihilfenvorschriften für Sonstige	0	0
			0	0
443 01	011	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	156.000	173.000
			172.982	0
		Erläuterungen:		
		Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.		
443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	600	600
			0	0
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	16.500	0
			0	0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	247.000	271.000
			270.906	0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	252.300	167.100
			167.054	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Trennungsgeld	177.700	117.000
2.	Umzugskostenvergütungen	74.600	50.100
Summe		252.300	167.100

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

453 11	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	115.300	115.500
			115.466	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Trennungsgelder für Referendare und Beamtenanwärter.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	147.000	147.000
			157.726	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	97.200	94.400
2.	Kommunikation	33.500	36.100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14.800	13.600
4.	Sonstiges	1.500	2.900
Summe		147.000	147.000

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	23.000	23.000
			23.472	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	3.500	3.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	200	200
3.	Verbrauchsmittel	16.600	16.000
4.	Sonstiges	2.700	3.000
Summe		23.000	23.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2012	Soll 2013	2014 erforderlich
Personenkraftwagen	4	4	4
Nutz- und Sonderfahrzeuge davon Anhänger			
Fahrräder	2	2	2
Zusammen	6	6	6

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	101.000	113.000
			108.464	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	2.000	3.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	64.500	69.000
4.	Bewachung	33.000	38.000
5.	Sonstiges	1.500	3.000
	Summe	101.000	113.000

517 30 011 Zahlungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume an BLSA **228.000** **240.000**
179.386 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	130.500	127.200
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	85.200	91.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	12.300	14.400
4.	Bewachung	0	0
5.	Sonstiges	0	7.200
	Summe	228.000	240.000

518 01 011 Mieten und Pachten **50.000** **46.000**
45.712 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	50.000	46.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0
3.	Für Leasing	0	0
	Summe	50.000	46.000

Haushaltsmittel für die Miete der Liegenschaft Schleinufer 12 in Magdeburg.

518 13 011 Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz **10.200** **10.600**
10.140 0

518 30 011 Mietzahlungen an BLSA **714.700** **750.900**
714.700 0

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der Erhebung marktüblicher Mieten durch BLSA.

519 01 011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen **600** **600**
2.014 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	600	600
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen		
	Summe	600	600

Veranschlagt sind die Kosten außerhalb von Wartungsverträgen, die zur Aufrechterhaltung der technischen Anlagen der Dienstgebäude des MJ erforderlich sind.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
519 30	011	Zahlung für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen an BLSA	18.700 16.600	18.700 0
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	5.000 3.056	30.000 0
		Erläuterungen: Gerichts- und Anwaltskosten bei Klagen, an denen das Land beteiligt ist. Mehr aufgrund laufender umfangreicher Prozesse.		
526 02	011	Sachverständige	1.000 1.152	1.000 0
		Erläuterungen: Übersetzungskosten für Rechtshilfe in Strafsachen.		
527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	42.000 35.483	42.000 0
527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	9.000 15.858	16.000 0
529 01	011	Zur Verfügung der Ministerin und des Staatssekretärs	5.000 5.267	5.000 0
529 05	011	Verfügungsfonds der Landesregierung	15.600 11.404	10.000 0
		** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden. Erläuterungen: Zur Ausgestaltung von Empfängen anlässlich des Besuchs von Delegationen sowie für die Bewirtung anlässlich überregionaler Fachveranstaltungen, für die das Land Sachsen-Anhalt Ausrichter ist.		
531 01	011	Veröffentlichungen	21.000 28.837	21.000 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Amtliche Druckwerke	0	0
		2. Öffentlichkeitsarbeit	21.000	21.000
		3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0
		4. Sonstige Veröffentlichungen	0	0
		Summe	21.000	21.000
532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	24.500 30.062	29.500 0
		** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.		

Für die Herausgabe von Veröffentlichungen, die zur Aufklärung der Bevölkerung und der Vermittlung rechtlicher Kenntnisse dienen, besteht eine verfassungsrechtliche und den demokratischen Grundsätzen folgende staatliche Verpflichtung. Bereits vorhandene Veröffentlichungen werden weiterhin in aktualisierten Fassungen nachgedruckt, neue Broschüren werden durch Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen und Verabschiedung neuer Gesetze auf Bundes- sowie Landesebene zur Befriedung widerstreitender Interessen entwickelt werden müssen.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11 (ohne Kapitel 11 14).

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 532 01

Erläuterungen:

Sowohl die Veröffentlichungen als auch die sonstige Öffentlichkeitsarbeit dienen der Vermittlung rechtlicher Kenntnisse, der Präsentation der Justiz als modernen Dienstleister und zeitgemäße Institution zur Befriedung widerstreitender Interessen und des Rechtsempfindens. Bereits vorhandene Veröffentlichungen über Regierungsarbeit, Aufgaben und Organisation der Justiz werden weiterhin aktualisiert bzw. neu herausgegeben. Ferner werden Maßnahmen weitergeführt und entwickelt, um die Akzeptanz des Rechtsstaates zu sichern und zu steigern. So werden verstärkt Tage der offenen Tür, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Justiz gefördert und unterstützt.

Mehr wegen der Veranstaltung "Tonangeben" mit der Verleihung des Pressepreises sowie der anteiligen Kosten der Ressorts für den Sachsen-Anhalt-Tag.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11 (ohne Kapitel 11 14).

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0
			0	0
534 30	011	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	7.000	19.000
			34.437	0

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Dienstzimmerausstattungen	6.500	17.700
2.	Transportarbeiten durch Freigänger	500	1.300
	Summe	7.000	19.000

546 59	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	18.000	1.000
			7.880	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Behördenumzüge und Verlegungen.

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			2.236	0
812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0
			0	0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	301.600	164.700
			155.620	0

Titelgruppe(n)

61 **Tagung Europäischer Präsidenten von Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwälten im Rahmen des Projektes "Verbesserung der Zusammenarbeit in Strafsachen"**

Übertragbar

547 61	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0	0
			3.817	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 11 01 Titel 272 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0
				0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
 11 01 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

96 Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau

Erläuterungen:

Der Titelgruppe 96 sind die auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt als Überhang identifizierten Stellen zugeordnet worden.

422 96	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	41.700 0	0 0
428 96	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	160.000 0	117.400 0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls ist in den kw-Vermerken bei den Stellenplänen und Stellenübersichten festgelegt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 96			201.700	117.400 0
-------------------------------------	--	--	----------------	---------------------

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	26.300	34.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.720.300	2.720.300
Gesamteinnahme		2.746.600	2.754.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	16.245.300	18.735.400
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.441.300	1.524.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	301.600	164.700
Gesamtausgabe		17.988.200	20.424.400
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-15.241.600	-17.669.800

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Einnahmen

119 51	011	Vermischte Einnahmen	35.000	20.000
			15.196	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. zentral für den Einzelplan 11 Einnahmen aus nicht zuordbaren Verwahrungen.

Titelgruppe(n)

63		EU-Zuschüsse außerhalb der Strukturfonds		
272 63	011	Sonstige Zuschüsse von der EU	0	0
			0	

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titel 547 63.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0
-------------------------------------	----------	----------

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 41	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	903.100	1.124.000
			847.810	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der Ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

427 31	051	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	198.600	198.600
			166.010	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Lehrvergütung für nebenamtliche Lehrkräfte	168.600	168.600
2.	Prüfungsvergütung für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse	30.000	30.000
	Summe	198.600	198.600

Zu 1.

Von den veranschlagten Lehrvergütungen gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 613 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeit als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.

25 v. H. der Prüfungsvergütung, höchstens jedoch bis zu jährlich 613 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeit, sind Aufwandsentschädigungen. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

428 03	051	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	1.755.100	2.231.600
			1.927.515	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte der Ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	7.374.700	7.808.600
			6.746.538	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter der Ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	659.800	754.300
			754.282	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter der Ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	84.000	72.100
			72.011	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.100.000	1.057.900
			1.057.884	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
511 02	051	Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken	345.500	385.500
			367.619	0
		Erläuterungen:		
		Zentrale Veranschlagung der Kosten für die Herstellung und Beschaffung von Vordrucken für den Einzelplan 11.		
518 01	051	Mieten und Pachten	490.000	490.000
			457.874	0
		Erläuterungen:		
			2013	2014
			EUR	EUR
		1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen		
		2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	490.000	490.000
		3. Für Leasing		
		Summe	490.000	490.000
		Zentrale Veranschlagung der Mieten für Kopiergeräte für den Einzelplan 11.		
525 01	051	Aus- und Fortbildung	480.000	550.000
			526.767	0
		Erläuterungen:		
		Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.		
			2013	2014
			EUR	EUR
		1. Ausbildungslehrgänge	233.300	280.000
		2. Fortbildungsveranstaltungen	236.700	270.000
		Summe	470.000	550.000
525 02	051	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	16.900	25.500
			14.409	0
		Erläuterungen:		
		Es ist u. a. eine Veranstaltung zum Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt geplant.		
		Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.		
533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	99.600	142.000
			85.375	0
		Erläuterungen:		
		Kosten für die Nutzung und Pflege der Datenbank der Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften einschließlich der Bekanntmachungsquellen und Fundstellennachweis.		
		Mehr wegen der vorgesehenen Ausschreibung der Dienstleistung (15.000 EUR).		
		Nutzungs- und Pflegekosten für:		
			2013	2014
			EUR	EUR
		1. Gesetze und Verordnungen	42.900	44.000
		2. Verwaltungsvorschriften (veröffentlicht/ nicht veröffentlicht)	43.500	31.000
		3. Bekanntmachungsquellen	5.900	6.000
		4. Fundstellennachweis VIS.LSA I und II sowie JVV. LSA	4.200	8.000
		5. Rechtsprechungsdatenbank im Bürgerservice	0	26.000
		6. Mobile Version des Bürgerservices	0	12.000
		Summe	96.500	127.000
533 02	051	Dienstleistungen Außenstehender - Bürgernahe Gesetze LSA	0	0
			0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

632 01	133	Erstattungen von Personal- und Sachausgaben an Länder	354.000	343.500
			305.503	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 02 Titel 632 02.

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Kosten für die Ausbildung von Rechtspflegeranwärtern des LSA an Fachhochschulen anderer Bundesländer	189.300	174.600
2.	Kosten für die Ausbildung von Gerichtsvollziehern des LSA an der Justizschule Pegnitz (Freistaat Bayern)	13.700	0
3.	Kosten für die Ausbildung von Amtsanwälten des LSA an der Justizausbildungs- und Fortbildungsstätte Monschau (NRW)	14.200	14.200
4.	Kosten für die Ausbildung von Justizwachmeistern des LSA an der Justizschule Pegnitz (Freistaat Bayern)	41.400	22.700
5.	Kosten für die Ausbildung der Justizsekretärsanwärter am Ausbildungszentrum Bobritzsch (Freistaat Sachsen)	30.000	65.400
6.	Kosten für die Teilnahme von Rechtspflegern des LSA am Aufbaustudiengang in Nordrhein-Westfalen	8.500	5.000
7.	Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie (DRA) in Trier/Wustrau	56.300	61.000
8.	Erstattungen an das European Judicial Training Network (EJTN) - Europäische Richterfortbildung	600	600
Summe		354.000	343.500

Zu 1.

Kosten für die Ausbildung von Rechtspflegeranwärtern des LSA an Fachhochschulen anderer Bundesländer
 Nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Sachsen-Anhalt und Berlin über die gemeinsame Ausbildung für den gehobenen Justizdienst sind dem Land Berlin anteilige Kosten für das Studium der Anwörter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin zu erstatten.

Zu 7.

Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier/Wustrau
 Die Deutsche Richterakademie mit ihren Fortbildungsstätten in Trier und Wustrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Die Kosten für die Tagungsstätten tragen der Bund und die Länder je zur Hälfte. Der Länderanteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Zu 8.

Erstattungen an das European Judicial Training Network (EJTN) - Europäische Richterfortbildung
 Netzwerk zur Fort- und Weiterbildung von Richtern und Staatsanwälten auf europäischer Ebene. Die Kosten tragen der Bund und die Länder je zur Hälfte. Der Länderanteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

632 02	051	Sonstige Zuweisungen	109.500	128.600
			60.644	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titel 632 01.

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Anteil an den Kosten der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg	30.000	29.600
2.		Anteil an den Personal- und Sachkosten des gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Berlin	1.000	1.000
3.		Anteil an den Kosten für ein Personalbedarfsbemessungssystem in der Justiz (PEBB\$Y)	25.000	50.000
4.		Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e.V. in Wiesbaden (KrimZ)	10.000	9.000
5.		Kosten für die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter	6.000	4.500
6.		Kosten für die Nutzung der Asylfaktendokumentation bei dem VG Wiesbaden durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit	14.500	14.500
7.		Anteil an den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Europäischen Mahngerichts Deutschland	12.000	9.000
8.		Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet über das von Nordrhein-Westfalen betriebene Portal "www.insolvenzbekanntmachungen.de"	5.100	5.100
9.		Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Zwangsversteigerungsverfahren im Internet über das von Nordrhein-Westfalen betriebene Portal "www.zvg-portal.de"	3.600	3.600
10.		Kosten für die Beteiligung an dem von Nordrhein-Westfalen betriebenen Internetportal "www.justizauktion.de"	2.300	2.300
11.		Anteil an den Personal- und Verfahrenskosten sowie Auslagen und Entschädigungen von Verfahrensbeteiligten in Staatsschutzverfahren bei dem Kammergericht in Berlin aufgrund des Staatsvertrages über die Übertragung der Zuständigkeit in Staatsschutz-Strafsachen zwischen den Ländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin	0	0
Summe			109.500	128.600
686 01	051	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung ehrenamtlicher Richterinnen/ Richter	0 0	0 0
686 02	051	Zuschüsse für die Fortbildung von Schiedspersonen	2.500 1.561	2.000 0
686 03	011	Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten der Hospitanten der IRZ-Stiftung	0 0	1.000 0
981 01	051	Erstattungen von Aufwendungen des Statistischen Landesamtes für die Aufbereitung von Geschäftsstatistiken der Justiz (§ 19 StatG-LSA)	146.500 146.500	146.500 0

Titelgruppe(n)

63 EU-Zuschüsse außerhalb der Strukturfonds

Übertragbar

547 63	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0 0	0 0
---------------	------------	--	---------------	---------------

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 11 02 Titel 272 63.

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden. Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 547 63

Erläuterungen:

Leertitel für Ausgaben im Rahmen von EU-Programmen außerhalb von Strukturfonds, insbesondere "Justizprogramm" sowie "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft".

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0
		0

93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Programmen - Förderperiode 2014 - 2020

Übertragbar

- * Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 11 02 Titel 683 93, Kapitel 11 02 Titel 684 93 und Kapitel 11 02 Titel 685 93.
- ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Rückzahlungen, Erstattungen sowie Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.
- *** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Fonds-Förderung 2014 bis 2020 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 80 v. H. aus EU-Mitteln und in Höhe von 20 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen.
Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen werden in Kapitel 13 17 bei TGr. 64 veranschlagt.

683 93 011 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0
	0	3.020.000

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014				
2015			476.100	476.100
2016			502.000	502.000
2017			502.000	502.000
2018 ff.			1.539.900	1.539.900
Summen			3.020.000	3.020.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 683 93

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

Nr.	Handlungsfeld	2014
1.	Handlungsfeld 8 b) - Erhöhung der Eingliederungschancen von Alleinerziehenden	250.000
2.	Handlungsfeld 8 d) - Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter - Gender Mainstreaming	420.000
3.	Handlungsfeld 8 d) - Unterstützung und Förderung von Frauen in MINT-Berufen	375.000
	davon:	
3.1	Sensibilisierung und Förderung von Frauen für Unternehmensgründungen (130.000 EUR)	
3.2	Unterstützung von Karrieren von Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen (130.000 EUR)	
3.3	Förderung der Berufsorientierung insbesondere für Schülerinnen ab der 11. Klasse und junge Frauen mit Hochschulzugangsberechtigung (115.000 EUR)	
4.	Handlungsfeld 8 d) - AGG - Unterstützungsangebote und -maßnahmen	100.000
5.	Handlungsfeld 9 a) - Reintegration/ Wiedereingliederung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten hier: Maßnahmen der berufsspezifischen Aus- und Weiterbildung im Strafvollzug	1.875.000
Zusammen		3.020.000

684 93	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0
			0	1.277.500

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014				
2015			182.500	182.500
2016			182.500	182.500
2017			182.500	182.500
2018 ff.			730.000	730.000
Summen			1.277.500	1.277.500

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

Nr.	Handlungsfeld	2014
1.	Handlungsfeld 9 a) - Reintegration/ Wiedereingliederung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten	
	davon:	
1.1	Täter-Opfer-Ausgleich für Erwachsene	437.500
1.2	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	665.000
1.3	Sonstige Beihilfen und Unterstützungen	175.000
Zusammen		1.277.500

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

685 93 011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen **0 0**
0 275.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014				
2015			39.300	39.300
2016			49.100	49.100
2017			49.100	49.100
2018 ff.			137.500	137.500
Summen			275.000	275.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

Nr.	Handlungsfeld	2014
1.	Handlungsfeld 8 d) - Unterstützung und Förderung von Frauen in MINT-Berufen	
	davon:	
1.1	Sensibilisierung und Förderung von Frauen für Unternehmensgründungen	100.000
1.2	Unterstützung von Karrieren von Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen	100.000
1.3	Förderung der Berufsorientierung insbesondere für Schülerinnen ab der 11. Klasse und junge Frauen mit Hochschulzugangsberechtigung	75.000
Zusammen		275.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 93 **0 0**
4.572.500

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	35.000	20.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		0
Gesamteinnahme		35.000	20.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	12.075.300	13.247.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.432.000	1.593.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	466.000	475.100
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	146.500	146.500
Gesamtausgabe		14.119.800	15.461.700
Gesamtsumme der VE			4.572.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-14.084.800	-15.441.700

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Es sind 6 Dienststellen vorhanden.

Die Forensische Ambulanz (FORENSA) ist für die psycho- und sozialtherapeutische Nachbetreuung von entlassenen Maßregelvollzugspatienten und für Entlassene aus der Sozialtherapeutischen Anstalt (SothA) zuständig. Im Rahmen des Modellprojektes wurde die Verantwortung für die psychotherapeutische Behandlung der landeseigenen SALUS gGmbH übertragen, die soziale Fürsorge obliegt dem Sozialen Dienst der Justiz und wird hier durch 8 Sozialarbeiter sichergestellt. (Siehe Erläuterungen zu Kapitel 05 12 Titel 671 02)

Im Folgenden werden die anteiligen Kosten des Sozialen Dienstes aufgeführt:

	<u>Ist 2012</u>	<u>Plan 2013</u>	<u>Plan 2014</u>
Zahl der eingesetzten Mitarbeiter/innen	8	8	8
Summe der Arbeitskraftanteile	4,0	4,0	4,0
Summe der Personalausgaben*	160.000 EUR	160.000 EUR	160.000 EUR

* Eckmann/-frau: 40.000 EUR

Mit Rücksicht darauf, dass die in der Forensischen Ambulanz betreuten Probanden ohnehin im Rahmen der Führungsaufsicht durch die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes der Justiz zu betreuen sind, und die Personalkosten auch ohne das Modellprojekt angefallen wären, sind diese nur nachrichtlich ausgewiesen. Die Mitarbeiter sind jedoch insoweit fallentlastet, als sie mit der Hälfte ihrer Arbeitskraft lediglich 10 statt der sonst üblichen etwa 40 Probanden betreuen. Dies folgt dem Vorhaben, die Fallbelastung des einzelnen Mitarbeiters nicht nur rein numerisch zu bestimmen, sondern qualitative und inhaltliche Kriterien wie Gefährlichkeit und Betreuungsaufwand heran zu ziehen. Die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes nutzen durch eine optimierte Dienstfahrtplanung die von der SALUS gGmbH gestellten Fahrzeuge mit und setzen nur im Ausnahmefall ihren privaten Pkw dienstlich ein. Die dafür entstehenden Kosten betragen rd. 700 EUR jährlich.

Einnahmen

119 51	059	Vermischte Einnahmen	15.000 10.972	15.000
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0
282 02	059	Erstattung von Geldleistungen im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und der Straffälligenentschuldung	0 6.963	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 03 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leertitel für Erstattungen von Geldleistungen im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und der Straffälligenentschuldung.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 01	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.207.000	2.550.800
			2.400.242	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.207.000	2.550.800
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Zulagen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		2.207.000	2.550.800

428 01	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.631.000	4.112.800
			3.990.158	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.631.000	4.112.800
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe		3.631.000	4.112.800

432 01	059	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	37.100
			0	0

432 02	059	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0

443 02	059	Amtsärztliche Untersuchungen	500	500
			177	0

Erläuterungen:

Durchführung von amtsärztlichen Untersuchungen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes der Justiz.

511 01	059	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	64.800	90.000
			66.284	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	10.000	8.000
2.	Kommunikation	53.000	55.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.300	26.500
4.	Sonstiges	500	500
Summe		64.800	90.000

514 02	059	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	0	0
			200	0

517 01	059	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	79.900	79.500
			74.244	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	38.500	35.500
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	10.400	12.900
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	30.200	29.500
4.	Bewachung	0	0
5.	Sonstiges	800	1.600
	Summe	79.900	79.500

517 30	059	Zahlungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume an BLSA	67.500	80.700
			52.648	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	42.700	49.100
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	18.400	22.400
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	6.400	9.200
4.	Bewachung	0	0
5.	Sonstiges	0	0
	Summe	67.500	80.700

518 01	059	Mieten und Pachten	141.600	140.000
			134.676	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	141.600	140.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge		
3.	Für Leasing		
	Summe	141.600	140.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 518 01

Bürräume für den Sozialen Dienst

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Magdeburg, Halberstädter Straße 189	16.400	16.400
2.	Naumburg, Domplatz 1 a	20.550	20.600
3.	Sangerhausen, Speicherstraße 6	15.130	18.400
4.	Halberstadt, Große Ringstraße	40.340	40.400
5.	Lutherstadt Wittenberg, Juristenstraße 11	13.490	13.500
6.	Merseburg, Weißenfelser Straße 46 b	15.130	15.200
7.	Zeitz, Neumarktstraße 12 (Außenstelle Naumburg)	1.800	1.800
8.	Wernigerode, Kurtstraße 13 (Außenstelle Halberstadt)	2.480	2.500
9.	Hansestadt Gardelegen, Holzweg 14	1.430	0
10.	Hansestadt Gardelegen, Letzlinger Landstraße 8	0	1.100
11.	Hansestadt Salzwedel, Böddenstedter Weg 12	1.560	1.800
12.	Lutherstadt Eisleben, Karl-Fischer-Straße 13	850	900
13.	Gräfenhainichen, Karl-Liebknecht-Straße 12	390	400
14.	Jessen, Markt 23- Rathaus, Raum 3	540	600
15.	Thale, Karl-Marx-Straße 3	1.440	1.500
16.	Schönebeck, Am Malzmühlenfeld 43	1.320	1.110
17.	Köthen, Bärteichpromenade 12 b	940	940
18.	Hettstedt, Verwaltungsgebäude Landratsamt, Markt 6	610	650
19.	Oschersleben, Lindenstraße 4	0	1.200
20.	Anmietung Räumlichkeiten für AGT-Training	3.600	1.000
Summe		138.000	140.000

518 30	059	Mietzahlungen an BLSA	162.300	215.300
			162.300	0

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der Erhebung marktüblicher Mieten durch BLSA.

519 01	059	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.900	4.800
			4.951	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.500	3.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	2.400	1.800
Summe		3.900	4.800

Bei landeseigenen Liegenschaften sind Maßnahmen des "Kleinen Bauunterhalts" (z. B.: Kleinstreparaturen und Schönheitsreparaturen) gemäß § 5 Abs. 3 der Nutzungsvereinbarung auf eigene Rechnung durchzuführen. Auch bei gemieteten Liegenschaften ist der Mieter für Instandhaltungsmaßnahmen und Schönheitsreparaturen verantwortlich.

519 30	059	Zahlungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen an BLSA	1.000	1.000
			900	0

527 01	059	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	106.000	106.000
			100.983	0

Erläuterungen:

Mehr gegenüber dem Ist 2012 infolge der verstärkten Betreuung der Entlassenen aus der SOTHA und der Probanden der Führungsaufsicht.

527 03	059	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	500	500
			4	0

Erläuterungen:

Erstattung der Reisekosten bei Reisen der örtlichen Personalräte in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

534 30 059 Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen **4.200** **22.500**
40.523 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstzimmerausstattungen (Bürodrehstühle, Besucherstühle, Regale, Aktenschränke)	4.200	22.500
2.	Druckerzeugnisse		
	Summe	4.200	22.500

546 59 059 Vermischte Verwaltungsausgaben **1.900** **5.000**
2.002 0

Erläuterungen:

Frachttransporte zwischen den Dienststellen.

In 2014 mehr wegen der Zusammenlegung des Sozialen Dienstes Halle einschließlich FORENSA in einem Objekt.

632 01 056 Erstattungen an Länder **314.000** **127.500**
105.652 0

Erläuterungen:

Am 1. Januar 2011 ist das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und begleitender Regelungen (BGBl. I 2010, S. 2300) in Kraft getreten. § 68b Abs. 1 Nr. 12 StGB eröffnet die Möglichkeit, im Rahmen der Führungsaufsicht dem Probanden die Weisung zu erteilen, die erforderlichen technischen Mittel zur elektronischen Überwachung des Aufenthaltsortes (sog. "Elektronische Fußfessel") bei sich zu führen.

Die bundesweite elektronische Überwachung wird aus Gründen der Kostensenkung über die Hessische Datenverarbeitungszentrale (HDZ) abgewickelt. Hierzu wurde eine Verwaltungsvereinbarung mit Hessen geschlossen, wonach jährliche Grundkosten für das Monitoring sowie Kosten pro Proband und Monat abgerechnet werden. Zudem trägt das Land Sachsen-Anhalt anteilige Kosten (Königsteiner Schlüssel) für die Gemeinsame Überwachungszentrale (GÜL).

681 01 059 Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen **0** **0**
787 0

681 02 059 Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt zu Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und der Straffälligenentschuldung **145.000** **145.000**
125.001 0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 11 03 Titel 282 02.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Rückzahlungen, Erstattungen sowie Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014		43.500		43.500
2015		43.500		43.500
2016		43.500		43.500
2017				
2018 ff.				
Summen		130.500		130.500

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 681 02

Erläuterungen:

Zuschüsse an Träger von Maßnahmen zur Konfliktschlichtung und Schadenswiedergutmachung im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs.

Der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ist eine bundesgesetzliche Verpflichtung und zielt darauf ab, die nach einer Straftat zwischen Tätern und Geschädigten bestehenden Probleme, Belastungen und Konflikte unterstützt durch einen Vermittler zu bereinigen. Ziel des TOA ist die Wiederherstellung des Rechtsfriedens und eine Aussöhnung zwischen Täter und Opfer als Alternative zur Strafe oder als strafreduzierende Maßnahme (§ 46a Nr. 1, § 46 Abs. 2 StGB, § 56 Abs. 2 StGB).

Im Rahmen des Operationellen Programms (ESF) des Landes Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013 stehen Mittel des Europäischen Strukturfonds im Epl. 13 (ohne Kofinanzierung) zur Verfügung.

681 04	059	Sonstige Beihilfen und Unterstützungen	83.000	106.000
			82.360	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Rückzahlungen, Erstattungen sowie Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014		24.900		24.900
2015		24.900		24.900
2016		24.900		24.900
2017				
2018 ff.				
Summen		74.700		74.700

Erläuterungen:

Förderung kriminalpolitisch bedeutsamer Projektangebote der freien Träger der Jugendhilfe zur Förderung der sozialen Integration straffällig gewordener oder von Straffälligkeit bedrohter Jugendlicher und Heranwachsender mit dem Ziel, Lebensperspektiven aufzuzeigen und den Jugendlichen die Grundlagen für eine bessere Bewältigung ihres Lebens zu vermitteln um Straffälligkeit vorzubeugen oder erneute Straffälligkeit zu vermeiden.

Einen Schwerpunkt bildet die verstärkte Förderung von Projekten zur Vermeidung von Jugendkriminalität, hier vor allem Gewaltstraftaten und politischer Extremismus. Mit den Zuwendungen sollen die Träger in die Lage versetzt werden, insbesondere bei den Personalausgaben qualifiziertes Personal vorhalten zu können. Die Aufgaben erfordern den Einsatz ausgebildeter Fachkräfte. Im Sachmittelbereich benötigen die freien Träger vor allem Unterstützung bei den Ausgaben für Weiterbildung, Betriebsausgaben, Geschäftsbedarf und Reisekosten. Darüber hinaus sollen Maßnahmen im Bereich der Opferberatung/-hilfe ausgebaut werden.

Im Rahmen des Operationellen Programms (ESF) des Landes Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013 stehen Mittel des Europäischen Strukturfonds im Epl. 13 (ohne Kofinanzierung) zur Verfügung.

681 07	059	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	511.000	511.000
			507.960	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Rückzahlungen, Erstattungen sowie Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 681 07

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014		147.300		147.300
2015		147.300		147.300
2016		147.300		147.300
2017				
2018 ff.				
Summen		441.900		441.900

Erläuterungen:

Förderung kriminalpolitisch bedeutsamer Projektangebote der freien Träger der Straffälligenhilfe im Rahmen des Landesprojekts ZEBRA (Zentrum für Entlassenenhilfe, Beratung, Resozialisierung und Anlaufstelle zur Vermittlung gemeinnütziger Arbeit) zur Resozialisierung und Integration Straffälliger, Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafe durch Freie Arbeit und Förderung des Ehrenamtes.

Bei den Zentralen Beratungsstellen handelt es sich um Einrichtungen in Trägerschaft der in Sachsen-Anhalt angesiedelten Straffälligenhilfevereine, die sich auf der Grundlage eines durch das Ministerium für Gleichstellung und Justiz des Landes Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit dem Landesverband für Straffälligen- und Bewährungshilfe Sachsen-Anhalt e. V. und den freien Trägern der Straffälligenhilfe im Jahr 2007 entwickelten Rahmenkonzeption "ZEBRA - Zentrum für Entlassungshilfe, Beratung, Resozialisierung und Anlaufstelle zur Vermittlung gemeinnütziger Arbeit" im Jahr 2007 zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben (ZEBRA-Landesprojekt).

893 01	059	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen für soziale und gemeinnützige Maßnahmen aus PMO-Mitteln	0	0
			0	0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	111.100	117.200
			94.498	0

Titelgruppe(n)

96		Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau		
422 96	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0
428 96	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0
			0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0
				0

98		Kofinanzierung Technische Hilfe		
		*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplanes ausgeglichen werden.		
429 98	059	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0
			0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 98			0	0
				0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 03 Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.000	15.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		15.000	15.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.838.500	6.701.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	633.600	745.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.053.000	889.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	111.100	117.200
Gesamtausgabe		7.636.200	8.453.200
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-7.621.200	-8.438.200

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben des Kapitels 11 05:
 Die Titelgruppen 61 - 65 und die Titel der Hauptgruppen 5, 6 und 8 im Kapitel 1105 sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Deckung konsumtiver zu Lasten investiver Ausgaben wird außerhalb von Titelgruppen in Höhe von 10 v. H. des investiven Gesamtansatzes zugelassen.
 Die darüber hinaus gehende Inanspruchnahme von Deckungsmitteln bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen.

Erläuterungen:

Allgemeines:

Es sind vorhanden:

4 Justizvollzugsanstalten

(einschl. einer sozialtherapeutischen Abteilung für männliche Strafgefangene)

1 Jugendanstalt

(einschl. einer sozialtherapeutischen Abteilung für junge männliche Strafgefangene)

1 Jugendarrestanstalt

1 Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) i. S. d. § 26 LHO

Die Justizvollzugsanstalten werden in 2014 voraussichtlich mit durchschnittlich 1.957 Gefangenen belegt sein.

Zusätzlich werden gemäß der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die Unterbringung von weiblichen Jugend- und Strafgefangenen voraussichtlich 79 weibliche Gefangene aus Sachsen-Anhalt in einer Anstalt des Landes Brandenburg kostenpflichtig untergebracht.

Einnahmen

111 12	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	55.700 47.589	50.200
Erläuterungen:				
Gefangene, denen gestattet wird, einer Arbeit, Berufsausbildung oder Umschulung auf der Grundlage eines freien Beschäftigungsverhältnisses außerhalb der Justizvollzugsanstalt ohne Aufsicht nachzugehen (Freigang), sind berechtigt, Arbeitsverträge unmittelbar mit dem Arbeitgeber zu schließen. Von dem ihnen hieraus zufließenden Nettolohn ist für Unterkunft und Verpflegung ein Haftkostenbeitrag gemäß § 66 JStVollzG bzw. § 50 StVollzG zu entrichten, dessen Höhe sich nach den Vorschriften über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung bemisst.				
112 01	056	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	1.000 1.400	1.000
Erläuterungen:				
Einnahmen aus Disziplinargeldbußen.				
119 06	056	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen	106.000 30.682	43.800
Erläuterungen:				
Einnahmen aus der Beteiligung der Gefangenen an den Kosten des Justizvollzuges.				
119 21	056	Einnahmen aus der Teilnahme an der Verpflegung der Gefangenen	23.000 15.412	15.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 119 21

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Teilnahme der Bediensteten an der Verpflegung der Gefangenen sowie der Abgabe der Gefangenenvorpflegung an Polizeibehörden für die in Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen gegen Kostenerstattung. Die Erstattungsbeträge werden jährlich vom MJ LSA festgesetzt.
 Mindereinnahmen aufgrund der Versetzung von Bediensteten in die JVA Burg in Folge der Schließung der Außenstelle Magdeburg (ohne offenen Vollzug) zum 30.09.2013. Die Verpflegung in der JVA Burg ist als Fremdleistung vergeben.

119 25	056	Einnahmen für Unterkunft in Aus- und Fortbildungsstätten	0 0	0
119 30	056	Sonstige	1.292.600 1.096.950	748.400

Erläuterungen:

Einnahmen aus erbrachten Lieferungen/Leistungen für einen Landesbetrieb.

Einnahmen vom LBBG für anteilige Betriebskosten.

		2013 EUR	2014 EUR
-	Heizung	417.300	421.600
-	Strom	310.800	313.900
-	Wasser / Abwasser	12.900	12.900
	Summe	741.000	748.400

		2013 EUR	2014 EUR
-	Strom/ Heizung	551.600	0
	Summe	551.600	0

Mindereinnahmen durch die Schließung der JVA Burg, Außenstelle Magdeburg (ohne offenen Vollzug) in 2013 und den Wegfall der vom BLSA für die Liegenschaften Landgericht Magdeburg und Ministerium für Inneres und Sport zu erstattenden Nebenkosten (Strom/Heizung).

119 41	056	Rückzahlung von Überzahlungen	7.200 20.669	20.700
119 46	056	Ersatzleistungen	88.800 21.625	88.800

Erläuterungen:

Einnahmen aus Ersatzleistungen von Haftpflichtversicherungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle im Erstattungsverfahren und aus Kassen- und Rechnungsfehlbeträgen.

Schadenersatzleistungen von Gefangenen.

119 51	056	Vermischte Einnahmen	31.400 26.241	26.300
---------------	------------	-----------------------------	-------------------------	---------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Veräußerung von Küchenabfällen, Umsatzprovisionen für die Aufstellung von Warenautomaten sowie Beileistungen der Gefangenen für Zahnersatz und Zahnkronen.

121 31	056	Ablieferungen aus Arbeitsbetrieben i. S. des § 26 LHO - Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen -	0 0	0
124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	34.000 19.597	18.600

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	13.700	13.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 124 01

4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	20.300	5.600
Summe		34.000	18.600

Zu 3.: Einnahmen aus Nutzungsentgelt für das Heizhaus in der JVA Halle, Nebenstelle.
Zu 5.: Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen.

Wegfall von Mieteinnahmen durch die Schließung von Standorten.

124 30	056	Mieten und Pachten von einem Landesbetrieb	1.246.600	1.246.600
			1.246.600	

Erläuterungen:

Einnahmen aus Mietzahlungen des LBBG für Dienst- und Werkräume in den Justizvollzugsanstalten.

132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	2.000	2.000
			1.000	

132 02	056	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	15.000	15.000
			16.072	

231 01	056	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0
			0	

232 01	056	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0
			102.522	

Erläuterungen:

Wegfall der Einnahmen aus Brandenburg, Thüringen und Sachsen für die Inanspruchnahme der Krankenfachabteilung in Naumburg mit Schließung der JVA Volkstedt, Außenstelle Naumburg zum 30.09.2012.
Darüber hinaus Wegfall der Einnahmen für die Unterbringung der Sicherungsverwahrten aus Thüringen auf Grundlage der gekündigten Verwaltungsvereinbarung zum 01.01.2013.

233 01	056	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
			0	

Erläuterungen:

Erstattungen von Auslagen durch die Ausländerbehörden für die in Amtshilfe in Justizvollzugsanstalten vollzogene Abschiebungshaft (z.B. Dolmetscherkosten, Kosten einer Krankenbehandlung außerhalb des Vollzuges).

235 05	056	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	

281 01	011	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	0	0
			0	

297 30	056	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
			0	

Titelgruppe(n)

69 Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung

Erläuterungen:

Für die Verwendung von Spenden Dritter.

282 69	056	Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung	500	0
			50	

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 05 Titel 514 69.

Erläuterungen:

Geldspenden Dritter für einzelne Maßnahmen zur Betreuung der Gefangenen.
Ausgaben werden in der Titelgruppe 69 nachgewiesen.

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 05 **Justizvollzugsanstalten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Nachrichtlich: Summe TGr. 69

500

0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	29.817.100	33.129.300
			34.207.908	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	29.817.100	33.129.300
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Zulagen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		29.817.100	33.129.300

Die Bezüge und Nebenleistungen der im Landesbetrieb tätigen Beamten sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

422 05	056	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	751.000	492.600
			643.839	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	751.000	492.600
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		751.000	492.600

422 41	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	300.900	534.600
			176.995	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	300.900	534.600
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst-)praktikanten		
Summe		300.900	534.600

422 51	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	1.100	0
			0	0

427 11	056	Entschädigungen für nebenamtl. und nebenberufl. Tätige zur Begutachtung von zu langen Freiheitsstrafen Verurteilten	6.000	0
			0	0

427 31	056	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	0	0
			0	0

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.469.800	4.237.100
			4.055.012	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 428 01

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.		Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	4.469.800	4.237.100
		- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
		- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
2.		Aufwandsentschädigungen		
3.		Sonstige Leistungen		
		Summe	4.469.800	4.237.100
428 51	056	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.000	0
			0	0
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.291.100	1.380.900
			1.178.439	0
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	313.500	355.600
			355.551	0
432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	3.780.100	4.085.000
			3.275.301	0
443 02	056	Amtsärztliche Untersuchungen	190.600	141.200
			70.845	0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die von der Gesetzlichen Unfallversicherung vorgegebenen Rechtsverpflichtungen zu augenärztlichen Untersuchungen der Bediensteten an Bildschirmarbeitsplätzen (einschl. Wach- und Pfortenbereiche in den JVAen) und sonstige Leistungen nach § 19 des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG).		
443 03	056	Ausgaben der Heilfürsorge für in den Justizvollzugsdienst übernommene Polizeivollzugsbeamte	64.100	61.400
			61.391	0
		Erläuterungen:		
		Etatisiert sind die für 30 Beamte/Beamtinnen an das Ministerium für Inneres und Sport zu erstattenden Beträge der freien Heilfürsorge.		
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	13.200	9.500
			9.493	0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	699.000	1.245.700
			1.245.692	0
511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	570.400	460.000
			402.741	0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
1.		Geschäftsbedarf	112.500	92.000
2.		Kommunikation	303.000	262.500
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	90.000	69.300
4.		Sonstiges	64.900	36.200
		Summe	570.400	460.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 511 01

Zu 1.:

Veranschlagt sind die Ausgaben für allgemeine Arbeitsunterlagen, Büro- und Kanzleibedarf, sonstigen Geschäftsbedarf sowie Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten, Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen, Gesetz- und Verkündungsblätter und Buchbindekosten.

Zu 2.:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Postgebühren, Hörfunk- und Fernsehgebühren sowie Fernmeldegebühren (u. a. für den Betrieb der zentralen Telekommunikationsanlagen bei den Justizbehörden in Dessau-Roßlau und Halle).

Zu 3.:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Dienstzimmerausstattungen, Büromaschinen, Wirtschaftsgeräte, Werkstattausrüstungen (insbesondere für die zentrale Schlosswerkstatt in der JVA Dessau-Roßlau), für den erforderlichen Ersatz und die Ergänzung von Handsonden, Funkgeräten und Gepäckdurchleuchtungsgeräten (einschl. Akkus und Ladegeräte) sowie deren Wartungs-, Unterhaltungs- und Reparaturaufwand.

Zu 4.:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen für den Brandschutz.

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	383.000	437.000
			381.405	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	156.400	233.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	201.000	178.900
3.	Verbrauchsmittel	22.400	22.100
4.	Sonstiges	3.200	2.300
	Summe	383.000	437.000

Mehrausgaben aufgrund eines erhöhten Gefangenentransportaufkommens durch die Schließung von Standorten.

Zu 1.:

Veranschlagt sind die Ausgabemittel für die Haltung von Dienstkraftfahrzeugen, Nutz- und Sonderfahrzeugen (Gefangenentransportwagen, Kommunaltraktoren sowie einer Hebebühne).

Zu 2.:

Veranschlagt sind die Ausgabemittel für Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal, das nicht zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet ist (u.a. Kraftfahrer, Ärzte, Amtsboten), persönliche Ausrüstungsgegenstände sowie Zuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen für das Wachpersonal, das zum Tragen von Dienstkleidungen verpflichtet ist; berücksichtigt wurde der Zuschuss in Höhe von 216 EUR für voraussichtlich 799 Bedienstete (davon 12 Anwärter in 2014).

Zu 3.:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung von Munition und Verbrauchsmitteln für Fachaufgaben.

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.759.700	5.771.300
			7.160.014	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	3.343.100	2.633.700
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	1.812.600	1.680.100
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	1.571.900	1.400.500
4.	Bewachung	0	0
5.	Sonstiges	32.100	57.000
	Summe	6.759.700	5.771.300

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 517 01

Zu 1. und 2.:

Mit berücksichtigt sind die bei der JVA Halle Nebenstelle für die Eigenversorgung aus dem Betrieb der zentralen Heizungsanlage und dem gemeinsamen Stromanschluss entstehenden Kosten. Die technischen Versorgungsanlagen der JVA Halle Nebenstelle werden auch von anderen justizfremden Behörden des Landes genutzt. Die zu beheizende Fläche wird bis Ende 2013 ca. 212.900 qm betragen.

Ab 2014 ist zunächst vorgesehen, dass die mitnutzenden Behörden ihre Kosten über den BLSA an die JVA Halle erstatten. Den hier abgesenkten Planwerten stehen entsprechende Ansätze in den beteiligten Ressorteinzelplänen und beim BLSA gegenüber. Unabhängig davon ist vorgesehen, die technischen Versorgungsanlagen an den BLSA zu übergeben.

Mitveranschlagt sind die Entgelte für Heizung und Elektrizität in Höhe von 830.000 EUR gemäß § 19a (Medienversorgung) des PPP-Projektvertrages für die JVA Burg.

Zu 3.:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Wasser und Abwasser, Grundbesitzabgaben, Reinigung sowie Schädlingsbekämpfung.

518 01	056	Mieten und Pachten	2.100	2.100
			45.464	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.400	1.400
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	700	700
3.	Für Leasing	0	0
	Summe	2.100	2.100

zu 1.:

		Jahresmiete 2013 EUR	Jahresmiete 2014 EUR
	Mieten für den Fahrsicherheitstrainingsplatz des Besonderen Sicherheits- und Revisionsdienst (BSRD) sowie für die Schießanlagen der JVAen Halle und Volkstedt.	1.400	1.400
	Zusammen	1.400	1.400

Zu 2.:

Veranschlagt sind die Kosten für die vorübergehende Anmietung kleinerer Maschinen, deren Anschaffung unwirtschaftlich wäre.

518 13	056	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz	82.500	98.500
			80.701	0

Erläuterungen:

Fortführung Leasing von 17 Dienstkraftfahrzeugen für die JVA Burg (3 leGTW), JVA Burg, offener Vollzug in Magdeburg (1 PKW), JVA Dessau-Roßlau (1 PKW, 2 leGTW), JVA Halle (2 PKW, 3 leGTW), JVA Volkstedt (1 PKW, 1 leGTW), JA Raßnitz (1 PKW, 2 leGTW).

Neuleasing: 1 Dienstkraftfahrzeug (leGTW) für die JA Raßnitz.

519 01	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.029.700	1.400.000
			1.234.761	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.029.700	1.400.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0
	Summe	1.029.700	1.400.000

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung der Wartungsverträge durch die Erneuerung und Erweiterung der Sicherheitstechnik (Alarmmanagementsystem, Zellenkommunikationsanlagen, Videotechnik etc.) bei der JA Raßnitz sowie der JVA Halle.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
526 01	056	Gerichts- und ähnliche Kosten	18.000 16.581	16.600 0
526 02	056	Sachverständige	0 0	0 0
526 03	056	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	500 32	500 0
527 01	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	28.000 24.801	24.800 0
Erläuterungen:				
			2013 EUR	2014 EUR
1.		Reisekosten allgemein	12.600	11.500
2.		Wegstreckenentschädigung für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge	15.400	13.300
Summe			28.000	24.800

Zu 1.:

Reisekosten der Projektbetreuer der IT-Leitstelle für den Justizvollzug, der Angehörigen der Fachdienste (Psychologen, Sozialarbeiter) zu regionalen Dienstbesprechungen und Projektsitzungen sowie der Angehörigen verschiedener Laufbahnen zu Projektgruppensitzungen (z. B. Organisationsentwicklung).

Zu 2.:

Insbesondere Wegstreckenentschädigungen der Projektbetreuer bei der IT-Leitstelle für den Justizvollzug sowie der Fachkräfte, die für mehrere Anstalten tätig sind (z. B. Psychiater, Psychologen).

527 03	056	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	500 81	500 0
531 01	056	Veröffentlichungen	0 0	0 0
533 01	056	Dienstleistungen Außenstehender	11.677.000 11.018.997	11.794.300 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für:

- a) vollzugsbegleitende kriminologische Forschung zum Jugendstrafvollzugsgesetz 32.000
- b) vertragliche Zahlungspflichten aus den PPP-Verträgen für die JVA Burg:

1.	Reinigung, Entsorgung und Ausstattung gem. PPP-Projektvertrag (bis zum 30.04.2014)	791.600
2.	Verwaltungshilfsdienste gem. PPP-Projektvertrag	361.000
3.	EDV-Systembetreuung gem. PPP-Projektvertrag (bis zum 30.04.2014)	151.600
4.	Verpflegungsleistung gem. PPP-Projektvertrag (bis zum 30.04.2014)	563.300
5.	Gesundheitsfürsorge gem. PPP-Projektvertrag	1.120.000
6.	Sozialfürsorge gem. PPP-Projektvertrag	1.110.000
7.	Sicherheitshilfsdienste gem. PPP-Projektvertrag	900.000
8.	Kosten spezifischer Besonderheiten in Anpassung des PPP-Vertrages (u. a. geplante Nachträge gemäß § 7 des PPP-Projektvertrages)	150.800
8.1	Erweiterung der Schließanlage um 30 Schlüsseln (48.000 EUR)	
8.2	Neubeschaffung von 30 PSS-Geräten (27.000 EUR)	
8.3	Beschaffung von 150 Durchgangsschlüsseln (12.000 EUR)	
8.4	Beschaffung von 150 Hafttraumschlüsseln (12.500 EUR)	
8.5	Nachrüstung von 2 Hafträumen mit Kameratechnik (16.000 EUR)	
8.6	Anpassung der Brandmeldeanlage in den Werkhallen der Niederlassung Burg des LBBG (35.300 EUR)	
9.	Sonstige Dienstleistungen an Dritte	500

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 05 **Justizvollzugsanstalten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 533 01

10.	Nutzungsentgelt gem. PPP-Projektvertrag (§ 17)	3.600.000
Zusammen		8.748.800

- c) Ausgaben für die Erfüllung der ab dem 01. Mai 2014 in landeshoheitlichen Organisationsformen zu erfüllenden Aufgaben aus den gekündigten drei Dienstleistungsverträgen "Reinigung, Entsorgung und Ausstattung", "EDV-Systembetreuung" und "Verpflegungsleistungen". 3.013.500

nachrichtlich: Verpflichtungsermächtigung aus dem Jahr 2006 bei Kapitel 20 14 Titel 823 61:

Maßnahme	Kapitel Titel Unter- kto.	Gesamtkosten bzw. Kostenschätzung	Finanzierungsverlauf				Laufzeit (Vertrags- ende/Jahr)	Kaufpreis bei Vertragsende (Option)
			Ist bis 2012	Bedarf 2013	Ansatz 2014	Folgejahre		
Angaben in EUR								
Errichtung und Teilbetrieb der JVA Burg	20 03 534 62/ 823 62	TM Bau	175.329.009	25.715.100	7.013.200	7.013.200	135.587.509	Vertragsunterzeichnung im Dez. 2006 Laufzeit 25 Jahre (2009 bis 2034)
	J002							
	11 05 533 01	TM Betrieb	336.670.991	36.700.200	11.657.000	11.513.700	276.800.091	
		Ges. VE	512.000.000	62.415.300	18.670.200	18.526.900	412.387.600	

In der Verpflichtungsermächtigung sind die bei Kapitel 11 05 Titel 517 01 veranschlagten Entgelte für Heizung und Elektrizität in Höhe von 830.000 EUR gem. § 19a (Medienversorgung) des PPP-Projektvertrages für die JVA Burg enthalten.

533 02	056	Therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sicherungsverwahrung	500.000	510.000
			0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014	510.000			510.000
2015	520.200			520.200
2016	530.600			530.600
2017	541.200			541.200
2018 ff.	11.547.200			11.547.200
Summen	13.649.200			13.649.200

Erläuterungen:

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04. Mai 2011 - 2 BvR 2365/09 - ist für Sicherungsverwahrte und für Gefangene, für die Sicherungsverwahrung bereits angeordnet oder vorbehalten ist, eine qualitativ hochwertige Behandlung durch ausgebildete Fachtherapeuten und ein Betreuungsangebot durch Sozialarbeiter vorzuhalten. Für die Umsetzung des Landesgesetzes zum Vollzug der Sicherungsverwahrung am Standort Burg wurden therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen vertraglich bis 2034 gebunden.

534 30	056	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	1.209.000	1.067.900
			1.128.420	0

Erläuterungen:

Erstattungen für vom Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) erbrachte Lieferungen/Leistungen.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 534 30

			2013 EUR	2014 EUR
-		Dienstzimmerausstattungen	39.200	148.900
-		Einsatz von Gefangenen als Hausarbeiter	1.148.000	896.500
-		Einsatz von Gefangenen zur Pflege der Grünanlagen	21.800	22.500
		Summe	1.209.000	1.067.900

Minderausgaben durch den mit der Schließung von Standorten verbundenen Wegfall von Einsatzmöglichkeiten für Gefangene als Hausarbeiter und Pfleger der Grünanlagen.

535 01	056	Unterhaltung und Wartung der Waffen	0 0	0 0
535 02	056	Ersatz und Ergänzung der Waffen	0 0	0 0
546 59	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	38.400 43.907	38.400 0
632 01	056	Anteilige Kosten für die Fachhochschulausb. von Anwärtern des geh. Vollzugs- u. Verwaltungsdienstes in einem anderen Bundesland	0 0	48.000 0
		Erläuterungen: Kostenerstattung für die Ausbildung von 3 Anwärtern (1. Studienjahr = 8 Monate, pro Monat 2.000 EUR/ je Anwärter) an der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel gem. der Verwaltungsvereinbarung über die Ausbildung von Beamten für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.		
681 01	056	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 7.682	0 0
		Erläuterungen: Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen an Gefangene und Bedienstete.		
681 03	056	Entschädigungen aus Billigkeitsgründen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	500 0	0 0
681 07	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	13.700 12.527	12.600 0
		Erläuterungen: Entlassungsbeihilfen gem. § 75 StVollzG und § 21 JStVollzG.		
681 09	056	Taschengeld für Gefangene und Untergebrachte in Justizvollzugsanstalten	248.400 246.638	246.700 0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Taschengeldzahlungen von voraussichtlich 33,00 EUR monatlich an durchschnittlich 623 Gefangene.		
681 11	056	Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.400 565	1.000 0
		Erläuterungen: Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1074; in der jeweils geltenden Fassung) ist den Abschiebungsgefangenen ein monatlicher Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens zu gewähren. Für inhaftierte Leistungsempfänger ist die Höhe auf einen dem Taschengeld für Strafgefangene entsprechenden Betrag festgesetzt. Veranschlagt sind Zahlungen von voraussichtlich 33,00 EUR monatlich an durchschnittlich 3 Abschiebungsgefangene.		
682 31	056	Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten	9.767.600 9.496.600	9.858.200 0
		* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 05 Titel 891 31.		
685 51	056	Zuschuss an die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V.	500 450	500 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 685 51

Erläuterungen:

Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt zu den Herstellungskosten der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe", die von der Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V. herausgegeben wird.

697 30	056	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	0	0
			0	0
811 01	056	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	566.000
			0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014		566.000		566.000
2015				
2016				
2017				
2018 ff.				
Summen		566.000		566.000

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:	Listenpreis einschl. MwSt	Sonder- ausstattung
1 mGTW (Hochraumkastenwagen) für die JVA Halle	37.900	22.100
1 sGTW (Bus) für die zentrale Transportabteilung in der JVA Halle	506.000	
Zusammen	543.900	22.100

Die Sonderausstattung für den mittleren Gefangenentransportwagen (mGTW) besteht - als Kastenwagen mit Hochdach - aus der Möglichkeit, Gefangene aus besonderen Sicherheitsmaßnahmen einzeln im Fahrzeug unterzubringen. Für die Ausstattung sind u.a. ein Fahrerraum für 3 Personen (Fahrer und 2 Begleiter), ein Gefangenentransportraum mit einer Sammelzelle für 4 Gefangene sowie 2 Einzelzellen für je einen Gefangenen, entsprechende Sicherheitsgurte, Nebelscheinwerfer, elektr. Fahrtenschreiber, Standheizung, Klimaanlage, elektr. betriebener Dachlüfter für die einzelnen Kabinen, eine Vergitterung der Fenster, Funktechnik, ein Umbau der Außengriffe sowie zusätzliche Innenspiegel vorgesehen.

811 06	056	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	65.000
			40.555	0

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1 Hebebühne für die Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt		65.000
Summe		65.000

812 15	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	17.400	62.000
			8.482	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

	2013 EUR	2014 EUR
- Regalanlage für die Personalabteilung der JVA Halle		18.000
- 4 Metallsuchrahmen für den Innenbereich		20.000
- 2 Metallsuchrahmen für den Außenbereich		14.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 812 15

Summe	52.000
--------------	---------------

Ergänzungsbeschaffungen:

	2013 EUR	2014 EUR
- Lautsprechanlage für den Veranstaltungssaal der JVA Halle		10.000
Summe		10.000

812 19 056 Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	1.373.000	260.000
	1.498.459	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

	2013 EUR	2014 EUR
JVA Halle		
- Ersatz der Zellenterminals für die Zellenkommunikationsanlage (ZKA) der sozialtherapeutischen Abteilung		30.000
- Ersatz von STUV-Schlössern für die Haftraum-, Bereichs- und Außensicherungsschließungen		35.000
- Ersatz von STUV-Schlüsseln der Schließgruppen 1 - 4 in der Nebenstelle		65.000
- Ersatz von Kameras für die Außensicherungsanlage		25.000
- Ersatz von PSS-Geräten		40.000
Summe		195.000

Ergänzungsbeschaffungen:

	2013 EUR	2014 EUR
- Ergänzung der digitalen Schließtechnik in der JVA Halle, Nebenstelle		65.000
Summe		65.000

891 31 056 Investive Zuschüsse für den LBBG	0	423.700
	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 05 Titel 682 31.

Erläuterungen:

Gesonderter Ausweis der investiven Zuschüsse für den LBBG gemäß dem Grundsatzterlass zu den Landesbetrieben nach § 26 LHO.

916 13 851 Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	472.600	711.900
	558.375	0

Titelgruppe(n)

61 Ärztliche Versorgung der Gefangenen		
427 61 056 Nebenamtlich und nebenberuflich tätige Ärzte	3.000	4.100
	3.219	0

Erläuterungen:

Vergütung für die in der JA Raßnitz und JVA Halle nebenamtlich tätigen Röntgenassistentinnen und -assistenten.

511 61 056 Unterkunfts- und sonstige Geräte zur ärztlichen Versorgung der Gefangenen	75.900	48.600
	54.209	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 511 61

Erläuterungen:

Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (soweit keine Investitionen) für Krankenräume, Arzt- und Behandlungszimmer sowie andere Funktionsräume für die ärztliche Versorgung der Gefangenen.

514 61	056	Kleingeräte und Verbrauchsmittel	860.000	883.800
			882.522	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Medikamente, Verbandstoffe, Heil- und Hilfsmittel sowie Verbrauchsmaterial für die medizinische Versorgung der Gefangenen.

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Medikamente		713.000
2.	Verbrauchsmittel		53.600
3.	Heil- und Hilfsmittel		78.700
4.	Sonstige Kosten		38.500
	Summe		883.800

534 61	056	Ärztliche Versorgung	3.065.500	3.065.500
			3.011.758	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Vergütungen und Auslagenersatz für externe Ärzte sowie die Unterbringung der Gefangenen in Justizvollzugskrankenhäusern anderer Bundesländer und in öffentlichen Krankenhäusern zur Sicherstellung der allgemeinmedizinischen und fachärztlichen Versorgung der Gefangenen.

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Sicherstellung der allgemeinmedizinischen Versorgung		791.300
2.	Fachärztliche Versorgung		847.500
3.	Psychologische und therapeutische Versorgung		96.300
4.	Zahnärztliche Versorgung		372.400
5.	Unterbringung in Justizvollzugskrankenhäusern		472.500
6.	Unterbringung in externen Krankenhäusern		381.600
7.	Sonstige Kosten		103.900
	Summe		3.065.500

537 61	056	Krankentransportkosten	46.000	46.000
			36.188	0

Erläuterungen:

Kosten der Gefangenenbeförderung mit dem Krankentransport einschließlich Reisekosten der Begleitpersonen.

812 61	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	118.000	91.500
			67.831	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

		2013 EUR	2014 EUR
-	2 Zahnröntgengeräte für den medizinischen Bereich der Justizvollzugsanstalten		30.000
	Summe		30.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 812 61

Ergänzungsbeschaffungen:

		2013 EUR	2014 EUR
-	1 Kavo-Kronenentferner für die JVA Halle		5.000
-	2 Sterilisationsanlagen für die JVA Halle		20.000
-	1 Ultraschalldiagnostikgerät (einschl. Ultraschallvernebler) für die JVA Volkstedt		31.500
-	1 Autorefraktometer für die JVA Volkstedt		5.000
	Summe		61.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	4.168.400	4.139.500
		0

62 Andere Dienstleistungen für die Versorgung der Gefangenen

427 62	056 Nebenamtlich tätige Kräfte	20.600	900
		0	0

Erläuterungen:

Vergütungen und Auslagenersatz für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte (Lehrer, Organisten, Psychologen, Sozialarbeiter und andere Fachkräfte) für die therapeutische Behandlung von Gefangenen.

Der Behandlungsbedarf wird nicht über Landesbedienstete, sondern über Dienstleistungen Außenstehender abgedeckt. Diese Kosten sind im Kapitel 11 05 Titel 533 62 berücksichtigt.

526 62	056 Sachverständige; Übersetzungs- und ähnliche Kosten	41.000	24.700
		19.936	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der

a) Begutachtungen von Gefangenen (z. B. Sexualstraftäter), insbesondere im Rahmen von Verfahren zur anschließenden Unterbringung in der Sicherungsverwahrung sowie Begutachtungen langstrafiger Gewalttäter zur Frage der vorzeitigen Entlassung und zu Maßnahmen der Entlassungsvorbereitung.

b) Übersetzung fremdsprachiger Schriftstücke (insbesondere Gefangenenpost) zu Verwaltungszwecken und im Rahmen der Betreuung und Behandlung der Gefangenen.

531 62	056 Entschädigung für Nutzungsrechte	20.000	20.000
		20.738	0

Erläuterungen:

Erstattungen an die GEMA für vergütungspflichtige Darbietungen und Entschädigungen für die Wiedergabe von Tonbildträgern, Hörfunk- und Fernsehsendungen in den Gemeinschaftsräumen für Gefangene.

533 62	056 Dienstleistungen Außenstehender	6.000	73.600
		1.743	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Vertragsfriseur sowie die Vergütungen für externe Kräfte zur therapeutischen Behandlung der Gefangenen in der sozialtherapeutischen Abteilung der JA Raßnitz (gem. § 115 JVollzG LSA) und für die sozialpädagogische Betreuungsarbeit.

546 62	056 Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0
		0	0

547 62	056 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	500
		715	0

Erläuterungen:

Ersatz von Aufwendungen ehren- und nebenamtlich Tätiger im Rahmen ihrer Betreuungsarbeit für Gefangene und sonstige nicht aufteilbare Aufwendungen für die Betreuungsarbeit.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

632 62 056 Erstattungen für die Unterbringung von Gefangenen in Anstalten anderer Bundesländer **2.600.000** **2.730.000**
1.747.455 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2012 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2014	2.730.000			2.730.000
2015	2.866.500			2.866.500
2016	3.050.000			3.050.000
2017	3.120.100			3.120.100
2018 ff.				
Summen	11.766.600			11.766.600

Erläuterungen:

Erstattung der Kosten für die Unterbringung von voraussichtlich 79 weiblichen Gefangenen im Land Brandenburg gemäß Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt vom 28. September 2012.

671 62 056 Erstattungen an Inland **725.500** **725.500**
713.582 0

Erläuterungen:

Zur Regelung der seelsorgerischen Tätigkeit in den Justizvollzugsanstalten sind basierend auf den Verträgen zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Heiligen Stuhl vom 31. März 1998 und dem Evangelischen Kirchenvertrag Sachsen-Anhalt vom 3. Februar 1994 Vereinbarungen (Gefängnis-Seelsorge-Vertrag) getroffen worden.
Das Land erstattet den Kirchen für die Dauer der Tätigkeit der Seelsorger die anteiligen Personalkosten sowie die anteiligen Reise- und Fortbildungskosten. Derzeit sind insgesamt 6,0 Anstaltsseelsorger der evangelischen Kirche und 5,0 Anstaltsseelsorger der katholischen Kirche in der JVA Burg (3,0), JVA Dessau-Roßlau (1,0), JVA Halle (4,0), JVA Volkstedt (1,0) und JA Raßnitz (2,0) tätig.

683 62 056 Sonstige Zuschüsse an Dritte **10.000** **0**
10.000 0

685 62 056 Zuschüsse für die Gefangenenzeitschrift **500** **500**
0 0

Erläuterungen:

Zuschüsse zu den Kosten der Herstellung von Zeitungen, die von Gefangenen für Gefangene hergestellt werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 **3.424.100** **3.575.700**
0

65 Anderer Sachaufwand für Unterbringung und Versorgung der Gefangenen

511 65 056 Unterkunftsgüter und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen **606.000** **606.000**
603.440 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Gefangenenbücherei	6.900	9.700
2.	Unterkunftsgüter und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen	599.100	596.300
	Summe	606.000	606.000

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 511 65

Zu 2.:

Veranschlagt ist die Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Hafträume, Gemeinschafts- und Mehrzweckräume für Gefangene, Speiseräume, Küchen und Wäschereien sowie für den Gefangenensport, insbesondere Ersatzbeschaffungen für abgängige Haftraumausstattungen. Aus dem Ansatz sind u. a. die Neuausstattung von weiteren Haftplätzen mit einem Kostenaufwand von ca. 767 EUR pro Haftplatz sowie der Ersatz von zerstörten und beschädigten Ausstattungsgegenständen, der Ersatz und Ergänzung von Kleingeräten in Küchen und Wäschereien, Freizeit-, Fernseh- und Sporträumen sowie die Ausstattungen für den Gefangenenseelsorgebereich unterhalb der Wertgrenze von 5.000 EUR zu bestreiten. Darüber hinaus ist die Beschaffung und Unterhaltung von Bettzeug (einschließlich Matratzen), Wäsche und Bekleidung (einschließlich Sportbekleidung) berücksichtigt. Die durchschnittlichen Kosten für die Grundausrüstung eines Gefangenen mit Wäsche, Bettzeug und Bekleidung betragen 1.125 EUR.

514 65	056	Lebensmittel für die Verpflegung der Gefangenen in Eigenwirtschaft	1.700.000	1.632.300
			1.659.434	0

Erläuterungen:

Die Verpflegung der Gefangenen richtet sich nach der Verpflegungsordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 28.02.1992 (MBI. LSA 1992, S. 1610), zuletzt geändert mit AV vom 09.02.1995 (MBI. LSA 1995, S. 335). Veranschlagt ist die Verpflegung für durchschnittlich 1.300 Gefangene mit einem Tagessatz in Höhe von 3,44 EUR.

Die Verpflegung von durchschnittlich 607 Gefangenen in der JVA Burg wird bis zum 30. April 2014 vom Betreiber der JVA Burg durchgeführt; die Kosten hierfür sind Bestandteil des Zuschusses an den Betreiber. Die Ausgaben für die ab dem 01. Mai 2014 in landeshoheitlicher Organisationsform zu erfüllende Versorgung sind gesondert bei Titel 533 01, Erläuterung unter Buchstabe c), dargestellt.

Durchschnittlich 50 Gefangene des offenen Vollzuges der JVA Burg in Magdeburg werden von einem externen Anbieter (Fremdverpflegung) verpflegt. Die Kosten sind u. a. bei Kapitel 11 05 Titel 533 65 veranschlagt.

519 65	056	Kleine bauliche Veränderungen in den Unterkunfts- und Freizeitbereichen der Gefangenen	10.000	10.000
			1.562	0

533 65	056	Dienstleistungen Außenstehender	165.500	433.200
			165.289	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die externe Reinigung der Wäsche (Bettzeug, Gefangenenanstaltskleidung usw.) in der JA Raßnitz.

Ebenfalls veranschlagt sind die Kosten für die externe Versorgung (Verpflegung und Reinigung der Wäsche) für voraussichtlich 50 Gefangenen im offenen Vollzug der JVA Burg in Magdeburg.

547 65	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	176.000	176.000
			180.491	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beschaffung von Geschirr, Bestecke, Kleingeräte und Verbrauchsmittel, Reinigung und Instandhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung, Körperreinigung, Kleingeräte und Verbrauchsmittel für kulturelle Veranstaltungen und Freizeitgestaltung (einschl. Sport) der Gefangenen.

812 65	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	94.000	75.000
			28.170	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

		2013 EUR	2014 EUR
-	1 Kochkessel für die Gefangenenküche der JVA Volkstedt		20.000
-	2 Kühlzellen für die JVA Halle		31.000
-	1 Großküchengerät (Cooking-Center) für die JVA Halle		24.000
	Summe		75.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	2.751.500	2.932.500
		0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

69 Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung

Übertragbar

Erläuterungen:

Für die Verwendung von Spenden Dritter.

Da die Ausgaben jeweils in Höhe der korrespondierenden Einnahmen zugelassen sind (durchlaufende Drittmittel) ist ein Haushaltsansatz nicht erforderlich.

514 69	056	Kleingeräte und Verbrauchsmittel	500	0
			50	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 11 05 Titel 282 69.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			500	0
				0

89 Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO

422 89	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0

428 89	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0
			0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0
				0

96 Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls ist in den kw-Vermerken bei den Stellenplänen und Stellenübersichten festgelegt.

Erläuterungen:

Der Titelgruppe 96 sind die auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt als Überhang identifizierten Stellen zugeordnet worden.

422 96	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.615.200	1.200
			14.453	0

428 96	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	520.000	0
			0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 96			3.135.200	1.200
				0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.903.300	2.276.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	500	0
Gesamteinnahme		2.903.800	2.276.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	44.857.300	45.679.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	29.071.700	28.642.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.368.100	13.623.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.602.400	1.543.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	472.600	711.900
Gesamtausgabe		89.372.100	90.199.300
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-86.468.300	-87.922.900

Anlage zum Kapitel 11 05

Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen
Geschäftsjahr 2014**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan

B: Finanzplan

C: Leistungspläne

A: Erfolgsplan

Kon- ten- grup- pe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2012 -EUR-	Ansatz 2012 -EUR-	Ansatz 2013 -EUR-	Ansatz 2014 -EUR-
50	1. Umsatzerlöse extern				
51	a) verwaltungswirtschaftliche Erträge	4.084.727,00	3.976.700,00	4.142.600,00	4.006.300,00
	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
	c) Erträge aus Zuweisungen und Zu- schüssen, Kostenerstattungen sowie	9.146.622,96	0,00	0,00	0,00
54	Produktabgeltungen				
58	d) Erträge aus Zuweisungen und Zu- schüsse und Investitionszuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
52	2. Bestandsveränderungen	-3.649,63	35.000,00	35.000,00	5.000,00
52	3. Andere Aktivierte Eigenleistungen	24.879,79	0,00	0,00	43.400,00
53	4. sonstige Erträge	883.138,94	234.700,00	235.900,00	745.500,00
537	Erträge aus Auflösung SoPo invest. Zuschüsse	623.348,79	201.600,00	196.600,00	520.000,00
	Zwischensumme Erträge (1-4):	14.135.719,06	4.246.400,00	4.413.500,00	4.800.200,00
	5. Materialaufwand	-2.448.473,12	-2.986.900,00	-3.192.800,00	-3.048.300,00
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	-1.900.350,78	-2.282.700,00	-2.398.900,00	-1.943.400,00
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistun- gen	-548.122,34	-704.200,00	-793.900,00	-1.104.900,00
	6. Personalaufwand	-7.629.092,76	-7.401.400,00	-7.474.100,00	-8.273.200,00
62+63	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Ent- lohnung)	-5.870.454,14	-5.592.600,00	-5.651.600,00	-6.485.700,00
	davon Löhne für Bedienstete	0,00	0,00	0,00	0,00
	Löhne Gefangenen	-1.632.415,83	-1.575.900,00	-1.634.900,00	-1.574.800,00
	Beschäftigte	-1.269.678,70	-1.191.000,00	-1.191.000,00	-1.487.400,00
	Beamte	-2.964.803,25	-2.825.700,00	-2.825.700,00	-3.423.500,00
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-1.758.638,62	-1.808.800,00	-1.822.500,00	-1.787.500,00
	davon Lohnbereich Bedienstete	0,00	0,00	0,00	0,00
	Lohnbereich Gefangenen	-467.882,81	-595.800,00	-608.800,00	-453.300,00
	Beschäftigte	-283.056,74	-273.000,00	-273.000,00	-331.600,00
	Beamte	-1.007.699,07	-940.000,00	-940.700,00	-1.002.600,00
6470	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (30%-Regelung)	-888.753,85	-819.000,00	-819.000,00	-882.800,00

6471	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (§14a BBesG)	-13.990,82	-15.000,00	-15.700,00	-14.800,00
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen (Fürsorgeleistungen)	-104.954,40	-106.000,00	-106.000,00	-105.000,00
66	7. Abschreibungen	-688.814,71	-714.200,00	-679.300,00	-583.800,00
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-21.452,66	-24.800,00	-10.300,00	-9.600,00
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	-67.740,34	-63.900,00	-63.200,00	-66.200,00
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	-441.236,87	-432.300,00	-420.200,00	-360.200,00
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-158.384,84	-193.200,00	-185.600,00	-147.800,00
	e) auf Sachanlagen im Gemeinverbrauch	0,00	0,00	0,00	0,00
	8. sonstige Aufwendungen	-2.506.848,93	-2.757.200,00	-2.962.400,00	-2.816.900,00
65	a) Sonstige Personalaufwendungen	-96.987,55	-68.400,00	-68.400,00	-138.600,00
67	b) Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-1.445.126,11	-1.558.200,00	-1.632.300,00	-1.466.600,00
68	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	-40.989,06	-80.500,00	-65.800,00	-44.000,00
69	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	-152.568,05	-66.000,00	-58.400,00	-154.300,00
70	e) betriebliche Steuern	-1.254,62	-2.300,00	-2.300,00	-1.100,00
73	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	-754.637,86	-965.200,00	-1.118.600,00	-996.400,00
71	g) Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung	-15.285,68	-16.600,00	-16.600,00	-16.000,00
78	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)	0,00	0,00	0,00	0,00
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	-13.273.229,52	-13.859.700,00	-14.308.600,00	-14.722.200,00
	Betriebsergebnis (1-8):	862.489,54	-9.613.300,00	-9.895.100,00	-9.922.000,00
56	9. Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	156,41	0,00	0,00	0,00
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
75	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-62,75	0,00	0,00	0,00
	Finanzergebnis (9-12)	93,66	0,00	0,00	0,00
	13. Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit (1-12)	862.583,20	-9.613.300,00	-9.895.100,00	-9.922.000,00
59	14. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
79	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15)	0,00	0,00	0,00	0,00
77	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
72	18. sonstige Steuern und steuerähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	862.583,20	-9.613.300,00	-9.895.100,00	-9.922.000,00
	20. Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)	0,00	0,00	0,00	0,00

21. Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
22.1. + Korrektur der Abschreibungen, welche die Erträge aus Auflösung des Sonderpostens für Investitionen übersteigen	65.465,92	116.700,00	127.500,00	63.800,00
22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahmen aus der Gewinnrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
23. + Hinzurechnungen von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden Die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.	0,00	0,00	0,00	0,00
24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist	0,00	0,00	0,00	0,00
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist	0,00	0,00	0,00	0,00
25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht.	0,00	0,00	0,00	0,00
26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan	928.049,12	-9.496.600,00	-9.767.600,00	-9.858.200,00
27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen	-480.268,62	0,00	0,00	0,00
a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen,	0,00	0,00	0,00	0,00
b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern	0,00	0,00	0,00	0,00
28. Zuführung / Ablieferung laut Erfolgsplan	447.780,50	-9.496.600,00	-9.767.600,00	-9.858.200,00

Die Gliederung und Bezeichnung der Posten erfolgt nach § 275 Abs. 2 HGB. Die Bezeichnung und Zuordnung der einzelnen Konten zu den Positionen des Erfolgsplanes erfolgt nach dem bundeseinheitlichen Verwaltungskontenrahmen. Die Abschreibungen dienen der Finanzierung von Investitionen und werden im Finanzplan veranschlagt.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2012 -EUR-	Ansatz 2012 -EUR-	Ansatz 2013 -EUR-	Ansatz 2014 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
	I. Investitionen				
02	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-8.170,69	0,00	0,00	-25.000,00
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	0,00	0,00
06	c) Sachanlagen im Gemeinverbrauch	0,00	0,00	0,00	0,00
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	-138.489,80	-182.500,00	-237.300,00	-171.300,00
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-203.316,58	-213.400,00	-117.900,00	-227.400,00
	Summe: Investitionen	-349.977,07	-395.900,00	-355.200,00	-423.700,00
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen				
	Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung/Abführung im Erfolgsplan hinzuge-rechnet worden.	65.465,92	512.600,00	482.700,00	0,00
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z.B. aus Gewinnrücklagen)	0,00	0,00	0,00	0,00
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagege-genständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe: Deckungsmittel	65.465,92	512.600,00	482.700,00	0,00
	Zuführungen für Investitionen (I-II)	-284.511,15	116.700,00	127.500,00	-423.700,00

Anlage zum Finanzplan

Übersicht über Gesamtinvestitionsmaßnahmen 2014

Lfd.Nr.	Bezeichnung der Investition	Niederlassung	Bereich	N/E/+	Betrag	TAuM und BGA
1	2	3	4	5	6	7
1	Stahllagerbühne	BURG	Schlosserei	N	125.000 €	BGA
2	unvorhergesehene Investition	ZEN	N.N.	N	30.000 €	BGA
3	Schwenkspindelfräse	BURG	Tischlerei	E	26.500 €	TAuM
4	Dickenhobelmaschine	BURG	Tischlerei	E	18.300 €	TAuM
5	Lizenzen SAP	ZEN	Zentrale	N	25.000 €	BGA
6	Abrichtenhobelmaschine	BURG	Tischlerei	E	13.900 €	TAuM
7	Abrichte/Dickenhobelmaschine	HAL3	BOM Holz-/Metall	E	13.600 €	TAuM
8	Sicherheitstechnik	ZEN	Sicherheitsdienst	N	10.000 €	BGA
9	Lackierwand und Kabine	BURG	Schlosserei	N	10.000 €	TAuM
10	Elektro-Deichselstapler	BURG	Schlosserei	N	9.200 €	TAuM
11	Elektro-Deichselstapler	DE	Ub SIOB	E	8.000 €	TAuM
12	elektr. Tafel + Zubehör	RASS	Realschulkurs	N	7.000 €	BGA
13	WIG Schweißgerät	RASS	LEB GWI	N	6.700 €	TAuM
14	Einhausung /Computerarbeitsplätze	ZEN	Sicherheitsdienst	N	5.000 €	BGA
15	PC - Kabinett	HAL3	Schule	E	22.700 €	BGA
16	Doppelsteppstichmaschinen	HAL1	Schneiderei	E	13.200 €	TAuM
17	Handsuchsonden	ZEN	Sicherheitsdienst	E	8.250 €	BGA
18	PC-Kabinet (10 +1)	RASS	Realschulkurs	N	8.000 €	TAuM
19	Kettler/Overlockmaschinen	HAL1	Schneiderei	E	7.500 €	TAuM
20	Kammerbrennofen	VOLK	Arbeitstherapie	N	4.900 €	TAuM
21	Scheuer-Saugmaschine	BURG	Brennenstuhl	E	4.850 €	TAuM
22	Fahrerkabine Stapler (Umbau)	VOLK	UB Mifa	N	4.700 €	TAuM
23	Rüttelplatte	HAL3	BOM GaLa	N	4.000 €	TAuM
24	Farbkopierer	HAL3	Schule	N	3.800 €	BGA
25	Lackier und Spritzwand	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	3.600 €	BGA
26	Werkzeugschrank	VOLK	Polsterei	E	2.400 €	BGA
27	Zickzackmaschine	HAL1	Schneiderei	N	2.250 €	TAuM
28	Aktenschrank	VOLK	Polsterei	E	2.200 €	BGA
29	Kehrmaschine	BURG	Tischlerei	N	2.200 €	TAuM
30	Rasenmäher	HAL3	BOM GaLa	E	2.100 €	TAuM
31	Rasenmäher	RASS	Trainingsmaßnahme Haus/Hof	N	2.000 €	TAuM
32	Reinigungsmaschine	HAL3	Schule	E	2.000 €	BGA
33	Schwenckbiegemaschine. SBS	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	1.950 €	TAuM
34	Schutzgasschweißgerät MIG 240	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	1.900 €	TAuM
35	Vorschubapparat	HAL3	BOM Holz-/Metall	+	1.700 €	TAuM
36	Absaugtisch	DE	gem. Eigenbetrieb	E	1.300 €	BGA
37	Experimentierstand	HAL3	Schule	N	1.300 €	BGA
38	Autogenschweißgerät	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	1.200 €	TAuM
39	Monatagetische	BURG	Palettenbau	E	1.200 €	BGA
40	Werkzeugwagen mit Werkzeug	DE	gem. Eigenbetrieb	N	1.000 €	BGA
41	Dübelfräse Domino	RASS	LEB Tischler	E	850 €	TAuM
42	Dampfschubkarre	RASS	BVJ Agrarwirtschaft	E	800 €	TAuM
43	Multifunktionsdrucker	DE	UB Brennenstuhl	E	650 €	BGA
44	Tischkopierer	RASS	LEB Maler	N	500 €	TAuM
45	Hydraulischer Rohrbieger	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	500 €	TAuM
46	Arbeitsdrehstuhl	BURG	Brennenstuhl	E	8.760 €	BGA
47	Dienstzimmerausstattung	ZEN	Zentrale	E	6.900 €	TAuM
48	Arbeitstische	BURG	Brennenstuhl	E	5.350 €	BGA
49	Dienstzimmerausstattung	HAL3	Arbeitstherapie	E	5.000 €	BGA

50	Akkuschrauber	VOLK	UB Mifa	E	4.300 €	BGA
51	Dienstzimmerausstattung	HAL3	Palettenbau	E	4.000 €	BGA
52	Dienstzimmerausstattung	HAL3	BOM Holz-/Metall	E	4.000 €	BGA
53	Archivregal (25m)	ZEN	Zentrale	E	3.600 €	TAuM
54	Arbeitsdrehstühle	HAL1	Schneiderei	E	3.000 €	BGA
55	Dienstzimmerausstattung	HAL3	BOM GaLa	E	2.500 €	BGA
56	Bürodrehstühle	BURG	Brennenstuhl	E	1.700 €	BGA
57	PC	ZEN	Rechnungswesen /IT	E	1.500 €	BGA
58	Drucker	ZEN	Rechnungswesen /IT	E	900 €	BGA
59	Overheadprojektor	BURG	Allgemeinbildung	N	800 €	TAuM
60	Trennschleifer	RASS	BVJ Metalltechnik	E	600 €	TAuM
61	Bildschirme	ZEN	Rechnungswesen /IT	E	600 €	BGA
62	Gabelhubwagen	DE	gem. Eigenbetrieb	E	500 €	BGA
63	Gabelhubwagen	BURG	Nordpack	E	500 €	BGA
64	Arbeitsstehhilfe	HAL1	Schneiderei	N	450 €	BGA
65	Universalbieger	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	450 €	TAuM
66	Ausklinkmaschine	HAL3	BOM Holz-/Metall	N	450 €	TAuM
67	Kettensäge	HAL3	BOM GaLa	E	430 €	TAuM
68	Komplettset- Doppelleimerwischwagen	DE	gem. Eigenbetrieb	E	400 €	BGA
69	Pendelhubstichsäge	HAL3	Arbeitstherapie	N	350 €	TAuM
70	Servicewagen für Schulreinigung	HAL3	Schule	N	300 €	BGA
71	Stahlschrank	HAL3	Schule	N	300 €	BGA
72	Rückenspritze	HAL3	BOM GaLa	E	300 €	BGA
73	Akku- Bohrschrauber	HAL3	Arbeitstherapie	N	250 €	TAuM
74	Nass-Trockensauger	RASS	BVJ Agrarwirtschaft	E	200 €	TAuM
75	Digitalkamera	ZEN	Sicherheitsdienst	N	200 €	TAuM
Gesamtsumme:					482.290 €	

Spalte 3:

Niederlassungen:

BURG	=	Niederlassung in der JVA Burg
DE	=	Niederlassung in der Hauptanstalt der JVA Dessau
HAL1	=	Niederlassung in der Hauptanstalt JVA Halle (Am Kirchtor)
HAL3	=	Niederlassung in der Zweigstelle der Hauptanstalt JVA Halle + Abt. Sotha (Wilhelm - Busch -Straße)
RASS	=	Niederlassung in der JA Raßnitz
VOL	=	Niederlassung in der Hauptanstalt JVA Volkstedt

Spalte 4:

AT	=	Arbeitstherapie
BOM	=	Berufsorientierende Maßnahme
BVJ	=	Berufsvorbereitungsjahr
EB	=	Eigenbetrieb
GaLa	=	Garten-/ Landschaftsbau
Gem. EB	=	Gemischter Eigenbetrieb
LEB	=	Lehreigenbetrieb
Mifa	=	Mitteldeutsche Fahrrad Werke
UB	=	Unternehmerbetrieb
Schule	=	schulische Bildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen

Spalte 5:

E	=	Ersatzmaßnahme
N	=	Neuanschaffung
+	=	Erweiterung und Ergänzung vorhandener Einrichtungen und Maschinen

Spalte 7:

BGA	=	Betriebs und Geschäftsausstattung
TAuM	=	Technische Anlagen und Maschinen

Anteil der geringwertigen Wirtschaftsgüter am Gesamtinvestitionsvolumen

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Investition	Niederlassung	Bereich	N/E/+	Betrag	TAuM und BGA
46	Arbeitsdrehstuhl	BURG	Brennenstuhl	E	8.760,00 €	BGA
48	Arbeitstische	BURG	Brennenstuhl	E	5.350,00 €	BGA
49	Dienstzimmerausstattung	HAL3	Arbeitstherapie	E	5.000,00 €	BGA
50	Akkuschrauber	VOLK	UB Mifa	E	4.300,00 €	BGA
51	Dienstzimmerausstattung	HAL3	Palettenbau	E	4.000,00 €	BGA
52	Dienstzimmerausstattung	HAL3	BOM Holz-/Metall	E	4.000,00 €	BGA
54	Arbeitsdrehstühle	HAL1	Schneiderei	E	3.000,00 €	BGA
55	Dienstzimmerausstattung	HAL3	BOM GaLa	E	2.500,00 €	BGA
56	Bürodrehstühle	BURG	Brennenstuhl	E	1.700,00 €	BGA
57	PC	ZEN	Rechnungswesen /IT	E	1.500,00 €	BGA
58	Drucker	ZEN	Rechnungswesen /IT	E	900,00 €	BGA
61	Bildschirme	ZEN	Rechnungswesen /IT	E	600,00 €	BGA
62	Gabelhubwagen	DE	gem. Eigenbetrieb	E	500,00 €	BGA
63	Gabelhubwagen	BURG	Nordpack	E	500,00 €	BGA
64	Arbeitsstehhilfe	HAL1	Schneiderei	N	450,00 €	BGA
68	Komplettsset-Doppeleimerwischwagen	DE	gem. Eigenbetrieb	E	400,00 €	BGA
70	Servicewagen für Schulreinigung	HAL3	Schule	N	300,00 €	BGA
71	Stahlschrank	HAL3	Schule	N	300,00 €	BGA
72	Rückenspritze	HAL3	BOM GaLa	E	300,00 €	BGA
			Gesamtsumme:		58.590,00 €	

C: Leistungsplan

Kontengruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Dessau 2014 -EUR-	Burg 2014 -EUR-	Volkstedt 2014 -EUR-	Halle 2014 -EUR-	Raßnitz 2014 -EUR-	Zentrale 2014 -EUR-	Gesamt 2014 -EUR-
50-53	1.-4. Erlöse und Erträge	312.800	1.985.000	789.000	750.100	238.700	724.600	4.800.200
60+61	5. Materialaufwand	-85.000	-1.426.200	-462.400	-579.300	-369.800	-125.500	-3.048.300
62+63+64	6. Personalaufwand	-510.700	-2.614.200	-962.800	-1.886.100	-1.242.100	-1.057.300	-8.273.200
66	7. Abschreibungen	-9.200	-364.600	-56.800	-15.300	-63.800	-74.100	-583.800
70+71+73+75+67+69+65	8. sonstige Aufwendungen	-131.400	-872.500	-256.400	-689.900	-639.900	-226.900	-2.816.900
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	-736.300	-5.277.500	-1.738.400	-3.170.600	-2.315.600	-1.483.800	-14.722.200
	Betriebsergebnis (1-8):	-423.500	-3.292.500	-949.400	-2.420.500	-2.076.900	-759.200	-9.922.000
57	Finanzergebnis (9-12):	0	0	0	0	0	0	0
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-423.500	-3.292.500	-949.400	-2.420.500	-2.076.900	-759.200	-9.922.000
59+79	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	0	0	0	0	0	0	0
	19. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-423.500	-3.292.500	-949.400	-2.420.500	-2.076.900	-759.200	-9.922.000

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 06 **Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Allgemeines

Es sind vorhanden:

1 Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt (Halle)

4 Arbeitsgerichte (Dessau-Roßlau, Halle, Magdeburg, Stendal)

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	775.000	882.600
			760.199	

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

119 51	051	Vermischte Einnahmen	4.000	4.000
			2.002	

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	

281 01	058	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	0	0
			0	

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 06 Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	147.000 131.643	152.000 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 12 Titel 412 01.		
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	4.051.200 3.880.990	3.874.300 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	4.051.200	3.874.300
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Zulagen		
		4. Übergangsgelder		
		Summe	4.051.200	3.874.300
422 05	051	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0 0	0 0
427 01	051	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.517.500 1.687.943	1.717.700 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.517.500	1.717.700
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Leistungen		
		Summe	1.517.500	1.717.700
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	483.800 473.726	519.800 0
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	21.800 58.777	58.800 0
432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0 16.525	0 0
443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	6.000 82	100 0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	15.700 20.983	21.000 0
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	193.200 190.894	193.200 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 06 Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	182.600	185.000
2.	Kommunikation	500	2.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.500	3.900
4.	Sonstiges	6.600	2.300
	Summe	193.200	193.200

514 01 051 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen

200 **200**
0 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	200	200
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	200	200

517 01 051 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

500 **500**
71 0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	0	0
4.	Bewachung		
5.	Sonstiges	500	500
	Summe	500	500

518 01 051 Mieten und Pachten

0 **0**
0 0

518 30 051 Mietzahlungen an BLSA

0 **0**
0 0

519 01 051 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

0 **0**
0 0

526 01 051 Gerichts- und ähnliche Kosten

0 **0**
489 0

527 01 051 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen

14.000 **11.500**
9.829 0

**527 03 051 Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und
Schwerbehindertenangelegenheiten**

500 **500**
774 0

529 01 051 Zur Verfügung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts

500 **500**
25 0

534 30 051 Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen

8.000 **15.000**
14.898 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 06 Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 534 30

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen und Buchbindekosten

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstzimmerausstattungen (Bürodrehstühle, Sitzungssaalbestuhlung, Regale)	4.900	11.800
2.	Buchbindearbeiten	3.100	3.200
	Summe	8.000	15.000

536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/Anwältinnen	1.900.000	1.987.000
			1.633.564	0

*** Die Titel der Gruppe 536 in den Kapiteln 11 06, 11 08, 11 10 und 11 12 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 12	051	Zeugenentschädigungen	22.000	19.000
			15.386	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	3.000	11.000
			13.796	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 15	051	Bekanntmachungskosten	500	500
			0	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	800	2.000
			1.736	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Aufwendungen, die als gerichtliche Auslagen dem Kostenschuldner des Verfahrens anzulasten oder aus der Staatskasse zu tragen sind, die aber nicht unter die Titel 536 11 bis 536 15 und 536 17 fallen.

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 17	051	Reisekosten des Gerichts	0	0
			0	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	2.000	1.000
			1.907	0

Erläuterungen:

Kosten für die Beteiligung am Projekt "Qualitätsmanagement norddeutscher Arbeitsgerichte".

681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			0	0

684 01	051	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	200	200
			200	0

Erläuterungen:

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Arbeitsgerichtsverband e. V.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 06 Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

686 01	051	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung ehrenamtlicher Richterinnen/ Richter	1.200 1.200	1.200 0
		Erläuterungen: Zuschüsse zu den Kosten der den Verbänden und Organisationen übertragenen Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen/ Richter.		
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen- Anhalt"	8.200 7.400	8.300 0

Titelgruppe(n)

96 Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls ist in den kw-
Vermerken bei den Stellenplänen und Stellenübersichten festgelegt.

Erläuterungen:

Der Titelgruppe 96 sind die auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt als Überhang
identifizierten Stellen zugeordnet worden.

422 96	051	Bezüge und Nebenleistungen des planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
428 96	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 06 Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	779.000	886.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		779.000	886.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	6.243.000	6.343.700
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.145.200	2.241.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.400	1.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	8.200	8.300
Gesamtausgabe		8.397.800	8.595.300
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-7.618.800	-7.708.700

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 08 **Finanzgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Allgemeines

Es ist ein Finanzgericht in Dessau-Roßlau vorhanden.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	400.000	450.300
			369.334	
Erläuterungen:				
Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMoG).				
119 51	051	Vermischte Einnahmen	500	500
			0	
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	
281 01	058	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	0	0
			0	

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 08 Finanzgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	18.900 17.462	25.000 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 12 Titel 412 01.		
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.163.100 1.424.349	1.443.400 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.163.100	1.443.400
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Zulagen		
		4. Übergangsgelder		
		Summe	1.163.100	1.443.400
427 01	051	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	307.000 296.116	316.100 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	307.000	316.100
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Leistungen		
		Summe	307.000	316.100
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	125.200 136.527	195.600 0
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0 0	0 0
443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	6.000 0	0 0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	9.500 5.262	5.300 0
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.000 3.045	3.000 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 08 Finanzgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	2.000	1.100
2.	Kommunikation	0	0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.000	1.900
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	3.000	3.000

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0	0
			0	0
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	500	1.500
			810	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	0	0
4.	Bewachung	0	0
5.	Sonstiges	500	1.500
	Summe	500	1.500

518 01	051	Mieten und Pachten	0	0
			0	0
519 01	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0
			0	0
526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0
			0	0
526 02	051	Sachverständige	0	0
			0	0
526 03	051	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	0	0
			0	0

Erläuterungen:

Entschädigungen der Wahlmänner anlässlich der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter (Turnus: 5 Jahre).

527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.200	1.200
			1.018	0
527 03	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	100	100
			62	0
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten	500	500
			216	0
534 30	051	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	2.000	8.500
			3.750	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 08 **Finanzgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 534 30

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstzimmerausstattungen (Bürodrehstühle, Regale)	2.000	8.500
2.	Buchbindearbeiten	0	0
	Summe	2.000	8.500

536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte	16.000	10.000
			7.707	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

536 12	051	Zeugenentschädigungen	2.000	5.300
			4.508	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	4.500	10.000
			17.128	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	500	500
			0	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

536 17	051	Reisekosten des Gerichts	500	500
			104	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0
			0	0

681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			0	0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	50.900	22.600
			22.008	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 08 Finanzgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	400.500	450.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		400.500	450.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.629.700	1.985.400
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	30.800	41.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	50.900	22.600
Gesamtausgabe		1.711.400	2.049.100
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.310.900	-1.598.300

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 10 **Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Es sind vorhanden

1 Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt (Magdeburg)

2 Verwaltungsgerichte (Halle, Magdeburg)

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	1.650.000 1.302.224	1.687.400
Erläuterungen:				
Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMoG).				
119 51	051	Vermischte Einnahmen	700 859	1.000
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0
281 01	058	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 10 Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
Ausgaben				
412 01	051	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	36.000 34.445	38.000 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 1112 Titel 412 01.		
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	4.698.400 4.331.157	4.562.700 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	4.698.400	4.562.700
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Zulagen		
		4. Übergangsgelder		
		Summe	4.698.400	4.562.700
422 05	051	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0 43.567	94.800 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Dienstbezüge und Zulagen, jährliche Sonderzuwendungen	0	94.800
		2. Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) usw.		
		3. Aufwandsentschädigungen		
		4. Besondere Zulagen		
		5. Jubiläumszuwendungen		
		6. Übergangsgelder		
		Summe	0	94.800
427 01	051	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.484.800 1.423.107	1.514.600 0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.484.800	1.514.600
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Leistungen		
		Summe	1.484.800	1.514.600
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	400.700 396.119	514.200 0
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0 0	0 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 10 Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	2.200 1.405	1.500 0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	6.000 0	0 0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	17.900 35.170	35.200 0
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Erläuterungen:	127.000 155.681	140.000 0
			2013 EUR	2014 EUR
1. Geschäftsbedarf			124.500	132.100
2. Kommunikation			1.000	3.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			0	3.400
4. Sonstiges			1.500	1.500
Summe			127.000	140.000

Dem Präsidenten des OVG obliegt nach der Nutzervereinbarung die Verwaltung der Bibliothek des Justizzentrums Magdeburg (Nutzer: OVG LSA, VG Magdeburg, AG Magdeburg, StA Magdeburg, ArbG Magdeburg, SG Magdeburg).

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	200 90	200 0
Erläuterungen:			2013 EUR	2014 EUR
1. Haltung von Fahrzeugen			0	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände			100	100
3. Verbrauchsmittel			100	100
4. Sonstiges			0	0
Summe			200	200

517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 10	0 0
518 01	051	Mieten und Pachten	0 0	0 0
518 30	051	Mietzahlungen an BLSA	0 0	0 0
526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	0 0
526 02	051	Sachverständige	0 0	0 0
526 03	051	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	0 0	2.000 0
Erläuterungen:				
Entschädigungen der Wahlmänner anlässlich der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter (Turnus: 5 Jahre).				
527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.300 1.417	1.500 0
527 03	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	300 0	300 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 10 Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts	500 467	500 0
534 30	051	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	4.000 3.258	15.000 0
		Erläuterungen:		
		Erläuterungen:		
		Ersatzbeschaffungen und Buchbindearbeiten		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Dienstzimmerausstattungen	1.900	13.000
		2. Buchbindearbeiten	2.100	2.000
		3. Sonstiges, Kleinaufträge	0	0
		Summe	4.000	15.000
536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/Anwältinnen	75.000 119.225	127.700 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.		
		Erläuterungen:		
		Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).		
536 12	051	Zeugenentschädigungen	6.000 4.666	7.500 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.		
		Erläuterungen:		
		Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).		
536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	95.000 85.447	98.000 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.		
		Erläuterungen:		
		Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).		
536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	4.500 764	4.500 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.		
		Erläuterungen:		
		Aufwendungen, die als gerichtliche Auslagen dem Kostenschuldner des Verfahrens anzulasten oder aus der Staatskasse zu tragen sind, die aber nicht unter die Titel 536 11 bis 536 13 bzw. 536 17 fallen.		
536 17	051	Reisekosten des Gerichts	500 0	500 0
		*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.		
546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 0	0 0
681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0
812 15	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	29.000 0
		Erläuterungen:		
		Ersatzbeschaffung von Dienstzimmern sowie Erweiterung der gemeinsamen Bibliothek im Justizzentrum Magdeburg.		
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	92.300 32.382	32.600 0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 10 **Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Titelgruppe(n)

96 **Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau**

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls ist in den kw-Vermerken bei den Stellenplänen und Stellenübersichten festgelegt.

Erläuterungen:

Der Titelgruppe 96 sind die auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt als Überhang identifizierten Stellen zugeordnet worden.

422 96	051	Bezüge und Nebenleistungen des planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	41.700 0	0 0
428 96	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	80.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			121.700	0 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 10 Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.650.700	1.688.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		1.650.700	1.688.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	6.767.700	6.761.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	314.300	397.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	29.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	92.300	32.600
Gesamtausgabe		7.174.300	7.220.300
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-5.523.600	-5.531.900

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 11 **Landesverfassungsgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel des Landesverfassungsgerichts sind aus haushaltstechnischen Gründen im Einzelplan 11 bei Kapitel 11 11 veranschlagt.

Die besondere Stellung des Landesverfassungsgerichts als Verfassungsorgan wird dadurch nicht berührt.

Einnahmen

119 51	051	Vermischte Einnahmen	0	0
			0	
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	
281 01	058	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	0	0
			0	

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	76.000	80.000
			75.900	0
		Erläuterungen:		
		Dienstaufwandsentschädigungen		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. für Mitglieder	50.400	50.400
		2. für Stellvertreter	25.600	29.600
		Summe	76.000	80.000

Gemäß § 8 Abs. 3 und § 12 Abs. 3 Landesverfassungsgerichtsgesetz (LVerfGG).

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	35.500	86.700
			83.713	0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	35.500	86.700
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Zulagen		
		4. Übergangsgelder		
		Summe	35.500	86.700

427 11	051	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	14.400	14.400
			14.400	0

Erläuterungen:

Die gemäß § 14 Abs. 3 LVerfGG zur Unterstützung der Präsidentin/ des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts in den Verwaltungsgeschäften und zur Mitwirkung als wissenschaftliche Mitarbeiter herangezogenen Richterinnen/ Richter im Landesdienst erhalten für ihre Nebentätigkeit eine monatliche Entschädigung in Höhe von bis zu 300 EUR.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	78.400	82.800
			75.463	0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	78.400	82.800
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Leistungen		
		Summe	78.400	82.800

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	38.600	39.700
			39.651	0

432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0
			0	0

432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0	0
			0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	0	0
			0	0

443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	6.000	0
			0	0

446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0
			0	0

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22.500	23.000
		Erläuterungen:	14.978	0

			2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf		19.700	19.000
2.	Kommunikation		2.300	500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		0	3.000
4.	Sonstiges		500	500
Summe			22.500	23.000

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	2.500	1.900
			1.504	0

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen		2.300	1.900
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände		100	0
3.	Verbrauchsmittel		0	0
4.	Sonstiges		100	0
Summe			2.500	1.900

Bestand an Dienstfahrzeugen	Ist 2012	Soll 2013	2014 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1
Fahrräder			
Zusammen	1	1	1

518 01	051	Mieten und Pachten	0	0
			0	0

518 13	051	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz	2.500	2.500
			2.417	0

526 02	051	Sachverständige	0	0
			0	0

527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	6.000	11.000
			9.026	0

529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts	500	500
			500	0

529 04	051	Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand	5.000	15.000
			0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

In 2014 sind Mittel für die Durchführung einer Festveranstaltung zum 20jährigen Bestehen der Verfassungsgerichte der neuen Bundesländer sowie für die festliche Ausgestaltung der Neuwahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes veranschlagt.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
534 30	051	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	0	0
			0	0
536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte	0	0
			0	0
		* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 11 Titel 536 12, Kapitel 11 11 Titel 536 13, Kapitel 11 11 Titel 536 16 und Kapitel 11 11 Titel 536 17.		
536 12	051	Zeugenentschädigungen	0	0
			563	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
536 17	051	Reisekosten des Gerichts	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 11 Titel 536 11.		
546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0
			0	0
681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			0	0
681 05	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	0	0
			0	0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0
			0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	248.900	303.600
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	39.000	53.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		287.900	357.500
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-287.900	-357.500

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 12 **Landessozialgericht / Sozialgerichte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Allgemeines

Es sind vorhanden

1 Landessozialgericht Sachsen-Anhalt (Halle)

3 Sozialgerichte (Dessau-Roßlau, Halle, Magdeburg)

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	1.600.000	1.796.000
			1.438.298	

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

119 51	051	Vermischte Einnahmen	0	0
			0	
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit für Regelungen zur Altersteilzeit	0	0
			0	
281 01	058	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	0	0
			0	

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 12 Landessozialgericht / Sozialgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	165.000 134.087	165.000 0
---------------	------------	---	---------------------------	---------------------

*** Die Titel 412 01 in den Kapiteln 11 06, 11 08, 11 10 und 11 12 sind gegenseitig deckungsfähig.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.880.900 7.141.499	7.799.000 0
---------------	------------	---	-------------------------------	-----------------------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.880.900	7.799.000
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Zulagen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		6.880.900	7.799.000

422 05	051	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	187.600 220.611	674.800 0
---------------	------------	---	---------------------------	---------------------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	187.600	674.800
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		187.600	674.800

427 01	051	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0
---------------	------------	---	---------------	---------------

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.738.400 2.989.663	3.207.800 0
---------------	------------	--	-------------------------------	-----------------------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.738.400	3.207.800
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe		2.738.400	3.207.800

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	384.600 404.805	463.900 0
---------------	------------	--	---------------------------	---------------------

432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
---------------	------------	---	---------------	---------------

432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	0 0	0 0
---------------	------------	--	---------------	---------------

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 12 Landessozialgericht / Sozialgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	
443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	500	500
			546	0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	6.000	0
			0	0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	38.400	57.400
			57.392	0
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	35.000	35.000
		Erläuterungen:	45.175	0
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Geschäftsbedarf	22.500	15.000
		2. Kommunikation	1.000	3.000
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11.500	16.500
		4. Sonstiges		500
		Summe	35.000	35.000
514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	200	200
			7	0
		Erläuterungen:		
			2013 EUR	2014 EUR
		1. Haltung von Fahrzeugen	0	0
		2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	200	200
		3. Verbrauchsmittel	0	0
		4. Sonstiges	0	0
		Summe	200	200
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0
			0	0
518 01	051	Mieten und Pachten	0	0
			0	0
518 13	051	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz	0	0
			0	0
519 01	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0
			0	0
526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	500	0
			0	0
526 02	051	Sachverständige	0	0
			0	0
527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	4.200	4.200
			2.371	0
527 03	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	400	400
			226	0
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Landessozialgerichts	500	500
			247	0
534 30	051	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	13.000	18.500
			10.533	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 12 Landessozialgericht / Sozialgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 534 30

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Dienstzimmerausstattungen	13.000	18.500
Summe	13.000	18.500

536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/Anwältinnen	1.800.000	2.242.600
			1.882.121	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 12	051	Zeugenentschädigungen	190.000	210.000
			166.144	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	2.696.500	3.200.000
			2.881.380	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

536 14	051	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	500	500
			630	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Kosten, die im Zusammenhang mit dem Gutachten eines Sachverständigen stehen, aber nicht von diesem angefordert werden, sondern von der Krankenanstalt o. ä., in der der Betroffene vorübergehend zur Beobachtung oder Fachuntersuchung untergebracht war.

536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	500	1.800
			1.714	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

Erläuterungen:

Aufwendungen, die als gerichtliche Auslagen dem Kostenschuldner des Verfahrens anzulasten oder aus der Staatskasse zu tragen sind, die aber nicht unter die Titel 536 11 bis 536 14 und 536 17 fallen.

536 17	051	Reisekosten des Gerichts	500	800
			780	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 06 Titel 536 11.

546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	600	600
			360	0

681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			24	0

686 01	051	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung ehrenamtlicher Richterinnen/ Richter	0	0
			0	0

812 15	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0
			0	0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	859.800	733.100
			544.562	0

11 **Ministerium für Justiz und Gleichstellung**
11 12 **Landessozialgericht / Sozialgerichte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Titelgruppe(n)

96		Personalüberbestand/Stellen- und Personalabbau		
428 96	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	240.000	0
			0	0
<hr/>				
		Nachrichtlich: Summe TGr. 96	240.000	0
				0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 12 Landessozialgericht / Sozialgerichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.600.000	1.796.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		1.600.000	1.796.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	10.641.400	12.368.400
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.742.400	5.715.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	859.800	733.100
Gesamtausgabe		16.243.600	18.816.600
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-14.643.600	-17.020.600

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

11 14 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Einnahmen

119 41	059	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0
			0	
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0
			0	
282 01	059	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	20.000	0
			25.000	

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 14 Titel 684 01.

Erläuterungen:

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellt der Landesbeauftragten jährlich bis zu 25.000 EUR zur Organisation und Durchführung von Beratungen zu Rehabilitierungsgesetzen zur Verfügung. Die Mittel müssen jährlich beantragt, abgerufen und gegenüber der Stiftung abgerechnet werden.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 14 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

422 01	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	78.500	79.500
			0	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	78.500	79.500
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Zulagen		
4.	Übergangsgelder		
Summe		78.500	79.500

428 01	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	217.500	226.700
			212.425	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	217.500	226.700
2.	Aufwandsentschädigungen		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe		217.500	226.700

511 01	059	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.300	11.100
			13.522	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	4.800	4.000
2.	Kommunikation	7.000	7.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	500	100
4.	Sonstiges	0	0
Summe		12.300	11.100

514 02	059	Betreuungskosten im Rahmen der Beratung durch die/den Landesbeauftragte/n	0	0
			0	0

525 01	059	Aus- und Fortbildung	4.200	0
			4.200	0

527 01	059	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	4.500	4.500
			3.929	0

531 01	059	Veröffentlichungen	12.500	12.500
			12.014	0

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	0	0
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

11 14 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 531 01

4.	Sonstige Veröffentlichungen	12.500	12.500
	Summe	12.500	12.500

Veröffentlichung von Broschüren/ Druckwerken (Beiträge von Opfern und Zeitzeugen sowie Wissenschaftlern zur Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR).

532 01	059	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	13.500	23.500
			12.812	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Der gesetzliche Auftrag der Landesbeauftragten ist es, die Öffentlichkeit über die Strukturen und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR zu informieren. Dies erfolgt u. a. durch öffentliche Veranstaltungen, die Präsentation von Druckwerken und die Beteiligung an Veranstaltungen von Stiftungen, Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Ein fester Bestandteil in der Jahresplanung ist dabei die Lehrerfortbildungstagung mit dem LISA in Halle und der Landeszentrale für politische Bildung.

533 01	059	Dienstleistungen Außenstehender	10.300	10.300
			9.461	0

Erläuterungen:

Die Behörde ist auf Grund der gesetzlichen Regelungen auf die Zuarbeit von Betroffenen angewiesen, die in den über sie angelegten Akten recherchieren und die Arbeitsergebnisse zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen. Als sachkundige Zeitzeugen stellen sie eine authentische Berichterstattung aus erster Hand sicher. Archivbesuche, Telefonate und Rücksprachen mit gleichermaßen Betroffenen verursachen Kosten, die von diesen nicht allein getragen werden können. Die Veröffentlichung dieser Gutachten dient dem gesetzlichen Auftrag der Landesbeauftragten.

534 30	059	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	0	0
			0	0
546 59	059	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	4.200
			0	0

** Rückzahlungen, Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Gemeinsam mit den Landesbeauftragten der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Sachsen und Thüringen sowie der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird jährlich eine Veranstaltung mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen organisiert und durchgeführt.

681 01	059	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0
			0	0
684 01	059	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	20.000	0
			25.000	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 11 14 Titel 282 01.

Erläuterungen:

Förderung von Projekten zur Organisation und Durchführung von Beratungen zu den Rehabilitationsgesetzen durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Da die Ausgaben jeweils in Höhe der korrespondierenden Einnahmen zugelassen sind (durchlaufende Drittmittel) ist ein Haushaltsansatz nicht erforderlich.

685 11	059	Zuschüsse für Maßnahmen der Erwachsenenbildung	16.100	16.100
			15.889	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

11 14 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 685 11

Erläuterungen:

Der gesetzliche Auftrag der Landesbeauftragten ist u. a. die Unterstützung von Initiativen, die Dokumentationszentren aufbauen und unterhalten. Zu diesen Initiativen gehören das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V., der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V. und der Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle. Durch gezielte Projektförderung kann die Arbeit der Landesbeauftragten über diese Initiativen gefördert und ergänzt werden. Bürger haben so die Möglichkeit, auf Ansprechpartner vor Ort zugehen zu können. Die Projekte können auch die Erstellung von Druckwerken umfassen.

685 51	059	Sonstige Zuschüsse	23.400	48.400
			23.375	0

Erläuterungen:

Die Verfolgtenverbände und Betroffenenvereine leisten Beratungs- und Betreuungsarbeit für Verfolgte in der ehemaligen SBZ/DDR. Eine Arbeit, die auf Grund der Anzahl der Betroffenen und der Größe des Landes von der Behörde nicht zu leisten ist. Von daher ist es eine gesetzliche Aufgabe, diese Verbände und Vereine bei der Realisierung von Projekten zu unterstützen. Projekte, die dem internationalen Austausch der Verfolgtenverbände dienen, werden ebenfalls aus den veranschlagten Mitteln unterstützt. Die Zuschüsse umfassen auch das Projekt "Psychosoziale Erstberatung für von DDR-Unrecht betroffene Personen mit Therapiebedarf" in Zusammenarbeit mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sowie den Aufbau eines Kompetenznetzwerkes für psychosoziale Beratung und Therapie in Sachsen-Anhalt für Menschen, die Opfer von SED-Unrecht geworden sind.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	66.600
			0	0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

11 14 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20.000	0
Gesamteinnahme		20.000	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	296.000	306.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	57.300	66.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	59.500	64.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	66.600
Gesamtausgabe		412.800	503.400
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-392.800	-503.400

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung / Gender Mainstreaming

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Artikel 34 der Landesverfassung verpflichtet das Land, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Zur Umsetzung dieser Verpflichtung werden folgende Handlungsschwerpunkte verfolgt:

- Systematische Verankerung des Gleichstellungsziels in das Verwaltungshandeln (Gender Mainstreaming),
- Unterstützung gleichstellungspolitischer Aktivitäten und Akteurinnen,
- gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und
- Förderung von Beratungsstellen sowie von Projekten für Frauen wie Frauenhäuser und Frauenzentren.

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	0	0
			0	
119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	3.000	0
			0	
Erläuterungen:				
Rückzahlungen von Zuwendungen, die von Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden sind.				
119 51	011	Vermischte Einnahmen	0	0
			0	

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung / Gender Mainstreaming

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Ausgaben

529 03	011	Verfügun gsmittel der Landesbeauftragten für Gleichstellungs- und Frauenpolitik	300 14	0 0
547 01	011	Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen, -senatoren der Länder (GFMK)	60.000 4.996	0 0
684 02	011	Zuschüsse an den Landesfrauenrat	96.500 96.500	96.500 0

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesfrauenrates

	Ist 2012 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2014 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	70.410	75.608	79.212
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	12.638	16.445	14.278
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	14.181	8.522	5.550
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	97.229	100.575	99.040
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	729	4.075	2.540
Mithin Fehlbetrag:	96.500	96.500	96.500
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0
b) das Land mit	96.500	96.500	96.500
c) den Bund mit	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0
e) Private	0	0	0
Zusammen	96.500	96.500	96.500
Stellenbestand			
	Stellenbestand 2012	Stellenbestand 2013	Stellenbestand 2014
Arbeitnehmer			
E 11	1,00	1,00	1,00
E 6	0,65	0,65	0,65
Summe	1,65	1,65	1,65
Insgesamt	1,65	1,65	1,65

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. ist ein gemeinnütziger Dachverband von Frauenorganisationen und -verbänden sowie von Frauengruppen gemischter Organisationen in Sachsen-Anhalt. Er vertritt die Interessen von Frauen in allen Lebenslagen, er ist überparteilich und überkonfessionell. Mit seinen 34 überregionalen aktiven Verbänden und Vereinen ist der Landesfrauenrat größte außerparlamentarische Vertretung der Frauen in Sachsen-Anhalt.

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. wird vom Land Sachsen-Anhalt in seinen Bemühungen unterstützt, die Stellung der Frau in der demokratischen Gesellschaft zu sichern und zu stärken. Da sich der Landesfrauenrat nicht aus Eigenmitteln finanzieren kann, seine Aufgaben aber im Landesinteresse liegen und von politischer Tragweite sind, erfolgt eine Bezuschussung von Personalkosten und Sachkosten im Rahmen einer institutionellen Förderung. Die Zuschüsse werden zur Fehlbetragsfinanzierung in Form eines Festbetrages gewährt.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 15 Frauenförderung / Gender Mainstreaming

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.000	0
Gesamteinnahme		3.000	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	60.300	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.359.900	2.424.800
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
Gesamtausgabe		2.420.200	2.424.800
Gesamtsumme der VE			0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.417.200	-2.424.800

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

a) Produkthaushalt Amtsgerichte

1. Zivilsachen/ Familiensachen: Zivilsachen, Familiensachen
2. Vollstreckungsverfahren: Mobiliavollstreckung (ohne Gerichtsvollzieher), Immobiliavollstreckung, Unternehmensinsolvenz, Verbraucherinsolvenz
3. Straf- und Ordnungswidrigkeitensachen: Strafsachen gegen Erwachsene, Strafsachen gegen Jugendliche/ Heranwachsende, Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Erwachsene und gegen Jugendliche/ Heranwachsende, Vollstreckung in Jugendsachen
4. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit: Grundbuchsachen, Handelsregistersachen, Vereinsregistersachen, Sonstige Registersachen, Testamentssachen, Sonstige Nachlasssachen, Betreuungssachen, Betreuungsgerichtliche Zuweisungs- und Unterbringungssachen
5. Sonstige Verfahren: Sonstige Verfahren, Beratungshilfe, Gerichtsvollziehersachen
6. Verwaltung (extern orientiert): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstige Tätigkeiten mit Außenwirkung

b) Produkthaushalt Landgerichte

1. Zivilsachen (Landgericht): Zivilsachen, Berufungen in Zivilsachen, Beschwerden in Zivilsachen, Verfahren vor der Kammer für Handelssachen
2. Strafsachen (Landgericht): Strafsachen gegen Erwachsene 1. Instanz, Schwurgerichtssachen, Wirtschaftsstrafsachen, Jugendschutzsachen, Strafsachen gegen Erwachsene 2. Instanz, Strafsachen gegen Jugendliche/ Heranwachsende 1. Instanz, Strafsachen gegen Jugendliche/ Heranwachsende 2. Instanz, Beschwerden in Strafsachen, Verfahren vor der Großen Strafvollstreckungskammer, Verfahren vor der Kleinen Strafvollstreckungskammer, Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz
3. Sonstige Rechtspflegetätigkeiten (Landgericht): Sonstige Rechtspflegetätigkeit
4. Verwaltung (extern orientiert - Landgericht): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte/ Prüfung, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstiges

c) Produkthaushalt Oberlandesgericht

1. Zivilsachen/ Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit: Berufungen in Zivilsachen, Beschwerden und sonstige Anträge in Zivilsachen einschließlich Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
2. Familiensachen: Berufungen in Familiensachen und Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen, Sonstige Beschwerden in Familiensachen
3. Strafsachen: Revisionsverfahren, Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren, Beschwerden in Straf- und Strafvollstreckungssachen, Staatsschutzsachen, Einsprüche in Bußgeldverfahren nach GWB und Bußgeldverfahren nach § 98 EnWG
4. Sonstige Verfahren: Sonstige Verfahren
5. Verwaltung (extern orientiert - Oberlandesgericht): Justizverwaltungsangelegenheiten, Aus- und Fortbildung für Dritte/ Prüfung, Tätigkeiten für andere Justizdienststellen, Sonstiges

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

c) Investitionen

Die Investitionsplanung nach Anlagenklassen ist kein Bestandteil der Sachkostenplanung, weil Anlagegüter in der Kosten- und Leistungsrechnung gemäß dem tatsächlichen Werteverzehr über die geplante Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Abschreibungen sind kalkulatorische und damit nicht zahlungswirksame Kosten, die im Budget nicht veranschlagt werden. Veranschlagt werden nur tatsächliche Investitionen.
Zur Bemessung des Investitionsbedarfs wurden daher der Anlagenbestand, die jeweils geplante Nutzungsdauer und die Restbuchwerte der vorhandenen Anlagen herangezogen.

d) Verfahrensauslagen

Die nach den besonderen (verfassungs-) rechtlichen Rahmenbedingungen der Justiz nicht zu budgetierenden Verfahrensauslagen wurden, mit der Zielstellung einer höheren Planungsgenauigkeit, outputorientiert geplant und im Produkthaushalt neben den budgetrelevanten Ausgaben ausgewiesen.

e) Erlöse

Die im Produkthaushalt dargestellten Verfahrens- und Verwaltungserlöse entsprechen den nach kameraler Methodik geplanten Ist-Einnahmen.
Die Verwaltungserlöse (Titel 119 59) werden in die Budgetierung einbezogen und mit einem Deckungsvermerk zu den budgetrelevanten Ausgaben (Titel 658 02) versehen. Die abgebildeten verfahrensorientierten Erlösinformationen stellen die unabhängig vom tatsächlichen Ist zum Soll gestellten Beträge dar.

Einnahmen

112 59	051	Nicht budgetrelevante Einnahmen/ Verfahrenseinnahmen	83.659.900	100.620.400
			90.503.502	

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in den Verfahren zu erhebenden Einnahmen aus Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten. Bei den Amtsgerichten umfasst der Betrag auch Einnahmen in Grundbuchangelegenheiten, des Gemeinsamen Mahngerichts der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, des Zentralen Vollstreckungsgerichts sowie aus den elektronischen Registerverfahren. Die Einnahmen sind nicht budgetrelevant.

Mehr aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRMOG).

119 59	051	Budgetrelevante Einnahmen/ Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	368.000	270.000
			500.913	

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 20 Titel 685 02

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

noch zu 685 02

Die geplanten Sachkosten entfallen u. a. auf:

	Ist 2012	Soll 2013	Ansatz 2014
a) Mietzahlungen an einen Landesbetrieb	5.060.432	5.408.151	8.100.400
b) Mietzahlungen an einen Drittvermieter	8.238.749	7.848.250	7.587.910
Zusammen	13.299.181	13.256.401	15.688.310

zu a)

Mehr aufgrund der Erhebung marktüblicher Mieten durch BLSA.

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Der Titelgruppe 96 sind die auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt als Überhang identifizierten Stellen zugeordnet worden.

422 96	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
428 96	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0

11 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
11 20 Budgetierte Einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 Ist 2012	Ansatz 2014 VE 2014
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	84.027.900	100.890.400
Gesamteinnahme		84.027.900	100.890.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	247.011.700	271.409.700
			4.828.100
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	225.800	325.800
			0
Gesamtausgabe		247.237.500	271.735.500
Gesamtsumme der VE			4.828.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-163.209.600	-170.845.100

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kap. 11 01 Ministerium für Justiz und Gleichstellung
Kap. 11 02 Allgemeine Bewilligungen
Kap. 11 03 Sozialer Dienst der Justiz
Kap. 11 05 Justizvollzugsanstalten
Kap. 11 06 Landesarbeitsgericht / Arbeitsgerichte
Kap. 11 08 Finanzgericht
Kap. 11 10 Oberverwaltungsgericht / Verwaltungsgerichte
Kap. 11 11 Landesverfassungsgericht
Kap. 11 12 Landessozialgericht / Sozialgerichte
Kap. 11 14 Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Kap. 11 20 Budgetierte Einrichtungen
Stellenübersicht 2014
Stellenübersicht TGr. 96 2014
Stellenübersicht TGr. 89 2014

